Spezial-Untersuchungen und Quellen zum „Deutschen Oktober“ 1923

Gliederung:

Krause: USPD Thüringen und Sachsen 1920 - 1922 1
Häupel: *Die Gründung des Landes Thüringen* 4
Drechsler: *Die sächsische Linksopposition* in der SPD 6
Riddell: Der IV. Weltkongreß der KomIntern zum Begriff „Arbeiterregierung“ 6
Tjaden: *Die politische Taktik der KPD 1919 - 1923 und die Rolle der späteren „Rechts“-Opposition* 10
Broué: *A Defeat without Fight* 12
Jentsch: *Die KPD und der „Deutsche Oktober“* 15
Bayerlein et al.: *Deutscher Oktober 1923* 25
Kinner: Weimarer Kommunismus 27
Gutjahr: *Revolution muß sein* 28
Weber et. al.: *Deutschland, Russland, Komintern* 28
Bergmann: *Schicksalsjahr 1923 – Gratwanderung der KPD* 28
Taber: *The Revolutionary Situation in Germany* 29
Thalheimer: *1923: Eine verpasste Revolution?* 29
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 29
Weitere Quellen 30
Voigt: *Kampfbünde der Arbeiterbewegung* 32
Ludewig: *Arbeiterbewegung und Aufstand* 33

Krause: USPD Thüringen und Sachsen 1920 - 1922

Krause, *Die USPD 1917 - 1931*, 2021,

- 398 – zu *Thüringen*:

  „Der Bezirksverband der USPD Thüringen blieb [auch nach dem Zusammenschluß der USPD-Mehrheit mit der KPD] einer der stärksten Verbände der ganzen [= reichsweiten Rest-]USPD mit 36.000 Mitgliedern – von insgesamt 340.000 nach Halle[1]. Die schwierige Entwicklung innerhalb der Partei – Rückgang der Mitglieder, finanzielle Probleme, Zeitungssterben – wie auch national: weiteres Erstarken der rechtsnationalistischen Kreise, Ermordung Rathenaus im Juni 1922 hatten eine Art Katalysatorwirkung für den Wiedervereinigungsprozess von MSPD und USPD. Die nationale Fraktionszusammenarbeit zwischen MSPD und USPD verstärkten dieses aufeinander Zugehen. Die USPD

1 gemeint: von ca. 340.000 Mitgliedern, die die USPD kurz *nach* dem Hallenser Spaltungs-Parteitag reichsweit hatte, gehörten 36.000 dem Landesverband Thüringen an. *Vor* dem Spaltungs-Parteitag hatte sie reichsweit 892.923 Mitglieder. (Krause, *Die USPD 1917 - 1931*, 2021, 472)

Thüringen – Ost wie West – unterstützte jetzt Bestrebungen, die zum Zusammengehen dieser beiden Parteien führte.
Die Diskussion, wie es mit dieser USPD weitergehen sollte, verschärfte sich im darauffolgenden [also auf den Spaltungs-Parteitag 1920 folgenden] Sommer 1921 vor der Landtagswahl: Koalition mit den anderen Arbeiterparteien war eine der Fragen, die zu klären waren, nachdem die Arbeiterparteien (SPD, USPD, KPD) eine knappe Mehrheit der Stimmen erreichten (Landtagswahl 1920: 49,4% – September 1921: 50,2% der gültigen Stimmen). Eine reine Arbeiterregierung (mit Tolerierung der KPD) war ein Ergebnis dieser Landtagswahlen. Kernstück dieser Regierung war die Schulreform des Volksbildungsministers Max Greil (USPD) mit dem Ziel: ‚Entkirchlichung, Republikanisierung und Vereinheitlichung des Schulwesens', Matthiesen[2] spricht von einer ‚kompromisslose[n], sozialistische[n] Reformpolitik.' Diese Koalition – Kachel[3] spricht von einem Pakt – hielt bis zum November 1923, unabhängig von der Vereinigung zwischen SPD und USPD im Herbst 1922, bis Reichspräsident Ebert den militärischen Einmarsch und ‚die Ausrufung des Ausnahmezustandes verfügte."

- 398 - 399 – zu *Sachsen*:

„ihre [der USPD Sachsen] Mitgliedschaft war stabiler [als in Thüringen], was mit der Sozialstruktur Sachsens (qualifizierte Facharbeiter) zusammenhängen mag; hier war ein historisch gewachsener Stamm an Parteimitgliedern (ehemals SPD jetzt USPD), die vom Nutzen und Zweck einer proletarischen Organisation überzeugt waren und jahrzehntelang aktiv das Parteigeschehen prägten. Dort, wo die Organisation jung war, war der Einbruch am größten. [… [4]]. Bei der kurz nach dem Hallenser Parteitag durchgeführten Landtagswahl in Sachsen kandidierten zwei USPD-Parteien: Die USPD und die USPD (Linke), die sich dann im Dezember mit der KPD(S) vereinigte. Das Ergebnis war für alle Arbeiterparteien nicht erhebend. Verglichen mit den Wahlen zum Reichstag im Juni 1920 blieben viele ihrer Anhänger der Wahl fern; was sich zeigte, war keine Umschichtung innerhalb SPD, USPD, USPD (Linke) und KPD, sondern stattdessen ein Fernbleiben von der Wahlurne."

Letztere Behauptung wird von den folgenden Zahlen bestätigt:

---

2 *Zwei Radikalisierungen – Bürgertum und Arbeiterschaft in Gotha 1918-1923*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 1995, 32 - 62 (52): „Im September 1921 übernahm ein USPD/MSPD-Bündnis", das „auf die parlamentarische Duldung der KPD angewiesen" war, „die Regierung im 1920 gegründeten Land Thüringen. Es […] betrieb […] eine kompromißlose sozialistische Reformpolitik. Erneut standen Schule und Religion im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen, wieder mobilisierte die als antibürgerlich empfundene Politik das Bürgertum gegen die Arbeiterschaft und ihre Parteien."

3 *Ein rot-roter Sonderweg*, 2011, 166 f.

4 Krause vergleicht Leipzig und Dresden (in Sachsen) u.a. mit Frankfurt am Main und Halle (außerhalb von Sachsen): „In Dresden und Leipzig blieben die Mitglieder meistens der Partei treu: Von gut 90.000 Mitgliedern in Sachsen im Jahr 1920 waren ein Jahr später noch fast 80.000 in ihren Reihen. In anderen Regionen war der Zusammenbruch verheerender. In Frankfurt ging die Mitgliedschaft von ca. 30.000 auf 1.000 zurück, in Halle von 81.900 auf 8.600, in Magdeburg von 26.000 auf 1.000 usw."

Wahlergebnisse in Sachsen von 1920 bis 1926

Hinweis: Die Zahl der Wahlberechtigten in Sachsen für die *Reichs*tagswahl 1920 war *etwas* höher (+ 18.497) als bei der *Land*tagswahl in Sachsen 1920; die Zahl der gültigen Stimmen war bei der Reichstagswahl dagegen *deutlich* höher (+ 342.000) als bei der nachfolgenden Landtagswahl.
Die geringere Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl scheint vor allem zulasten der Summe von SPD, USPD und KPD gegangen zu sein:

- Lag deren Anteil an den gültigen Stimmen 1920 in den drei sächsischen Reichstagswahlkreisen bei *mindestens* 50 %, in zwei der drei Wahlkreise aber *deutlich höher*, so lag er bei der anschließenden Landtagswahl in ganz Sachsen bei nur bei 50,8 %.
- Noch auffälliger ist, daß die Summe des Stimmanteils von KPD, USPD (Linke) und USPD bei der Landtagswahl landesweit (22,4 %) geringer war als die Summe der Anteile von KPD und noch ungespaltener USPD in jedem der drei sächsischen Reichstagswahlkreise (zwischen 22,6 und 44,1 %) einige Monate vorher.

	Reichstagswahlkreise in Sachsen am 06.06.1920 (20.02.1921 und 19.11.1922*)				Landtagswahl Sachsen					
	Dresden-Bautzen	Leipzig	Chemnitz-Zwickau	Summe	11.11.1920		05.11.1922		31.10.1926	
Wahlberecht.	1.120.081	739.416	1.114.212	2.973.709	2.955.212	in % d. g. St.	3.117.487	in % d. g. St.	3.353.079	in % d. g. St.
Gültige St.	878.154	635.980	890.619	2.404.753	2.070.690		2.537.583		2.358.263	
KPD	1,2	2,0	9,2		117.280	5,7	266.864	10,5	342.382	14,5
USPD (Linke)	---	---	---	---	60.108	2,9	---	---	---	---
USPD	21,4	42,1	17,2		286.835	13,9	---	---	---	---
Zw.summe	***22,6***	***44,1***	***26,4***		*464.223*	***22,4***				
SPD	27,4	9,1	31,8		586.844	28,3	1.060.247	41,8	758.005	32,1
KPD + USPD (Linke) USPD + SPD	---	---	---	---	990.959	50,8	1.327.111	52,3	1.100.387	46,7
in % der gültigen St.	50,0	53,2	58,2		50,8		52,3		46,7	

Quelle: Falter/Lindenberger/Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, *1986, 68, 108 + eig. Berechnungen.*

* Nachwahlen außerhalb von Sachsen (Ostpreußen, Schleswig-Holstein, Oppeln).

Letzteres [„die Summe des Stimmanteils von KPD, USPD (Linke) und USPD <war> bei der Landtagswahl landesweit (22,4 %) geringer [...] als die Summe der Anteile von KPD und noch ungespaltener USPD in jedem der drei sächsischen Reichstagswahlkreise (zwischen 22,6 und 44,1 %) einige Monate vorher“)] sei noch mal in folgender Weise betont:

- Das Landtags-Wahlergebnis der KPD im Nov. 1920 (5,7 %) lag in etwa im Bereich des Reichstags-Wahlergebnisses in den sächsischen Wahlkreisen im Juni (je nach Wahlkreis zwischen 1,2 % und 9,2 %).
- Die USPD (Linke) konnte – mit 2,9 % – nur einen kleinen Teil der vormaligen USPD-WählerInnen gewinnen.
- Und die Rest-USPD verlor *mehr* Stimmen als die USPD (Linke) gewann: Bei der Landtagswahl erhielt die USPD nur noch 13,9 %; bei der Reichstags-Wahl in den drei sächsischen Wahlkreisen hatte sie dagegen noch zwischen 17,2 % und 42,1 % erhalten.
- Unter dem Strich waren USPD plus USPD (Linke) im November deutlich schwächer als die noch ungespaltene USPD im Juni. Die KPD konnte von der USPD-Spaltung – bevor sich die USPD (Linke) später der KPD anschloß – von der USPD-Spaltung *nicht* profitieren.
- Zur zeitlichen Einordnung: Sowohl die Reichstags-Wahl um Juni 1920

als auch die Landtags-Wahl im November 1920 war nach dem Kapp-Putsch 1920 und vor der Märzaktion 1921.

Reichsweite Zahlen (Mitgliederzahlen nach Krause, a.a.O.):

		Mitglieder[5]		**WählerInnen 1920**[6]		**Relation**[7]
		1922	1923	1920	1924	1923 Mitgl. : 1924 WählerInnen
SPD	VSPD	1.174.105	1.261.072 März 1.380.970 Sept.	6.104.398	6.008.905	1 : 4,4
USPD	VSPD	300.659 Jan. 290.762 Sept.		5.046.813	235.???[8]	mangels Mitgliederzahl nicht berechenbar
KPD		328.017, dav. zahl.[9]: 255.883	294.230, dav. zahl.: ???	589.454	3.693.280	1 : 12,6

Häupel: *Die Gründung des Landes Thüringen*

Häupel, *Die Gründung des Landes Thüringen*, 1995, 156 - 170 (*Die Regierung Fröhlich unter dem Druck von links und rechts*).

Auf S. 158 findet sich das Thüringer Kreisrats- (genauer: Kreis- und Stadtrats)wahlergebnis von 1922; in der letzten Spalte sind anscheinend – vorausgesetzt, die Zahl in der vorletzten Spalte für die MSPD (14,4 % bei der Kreisratswahl) ist korrekt – für die MSPD + und - vertauscht. Da die MSPD bei Landtagswahl 22,8 % der gültigen Stimmen erhalten hatte[10], muß es nicht „+ 8,4“ (wie in Häupels Tabelle), sondern „- 8,4“ heißen! Ausgehend von dieser Korrektur ist die Aussage von Häupel auf S. 159, „die Regierungsparteien

5 Krause, *Die USPD 1917 - 1931*, 2021, 472 [FN 1: „Die Tabelle ist leicht revidiert übernommen von Wheeler (1975): USPD und Internationale, S. 263. Die USPD- und die SPD-Zahlen finden sich fast alle aus den Parteitagsprotokollen, die KPD-Zahlen stammen aus unterschiedlichen Quellen, soweit die Parteitagsprotokolle keinen Aufschluss ergeben.“]
Wheeler nennt auf S. 263 allerdings gar keine Zahlen für die SPD sowie für USPD und KPD ausschließlich Zahlen für 1920 und 1921.

6 Falter/Lindenberger/Schumann, *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik*, 1986, 41.

7 Eigene Berechnung.

8 Kolb/Schumann, *Die Weimarer Republik*, 2022[9], 344 (0,235 Mio.).

9 = zahlend.

10 Falter/Lindenberger/Schumann, *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik*, 1986, 111. So auch Häupel, *Die Gründung des Landes Thüringen*, 1995, 120.

(MSPD, USPD) [mußten] gegenüber den Landtagswahlen 1921 Verluste hinnehmen“[11], *zutreffend*, anderenfalls wäre sie unzutreffend.

Um es deutlich zu sagen:

- Häupel hat nicht etwa ihre Tabelle zugunsten ihrer These manipuliert,
- sondern sie hat sich bei der ihrer Tabelle *zum Nachteil* ihrer These vertan.

Nehmen wir weitere Quellen zur Hand ist auch ein Vergleich der absoluten Stimmenzahlen möglich:

	Landtagswahl 1921		Kreis- und Stadtratswahlen 1922		Veränderung[12]	
	Stimmen[13]	Prozent[14]	Stimmen[15]	Prozent[16]	Stimmen	Prozentpkt.e
KPD	73.700	10,9	92.919	12,7[17]	19.219	1,8
USPD	110.990	16,4	59.338	8,1	-51.652	-8,3
Vereinigte Sozialisten (in einer Reihe von Kreisen und Städten kandidierten weder USPD noch MSPD, sondern „Vereinigte Sozialisten“)			79.840	10,9[18]	79.840	10,9
MSPD	154.576	22,8	106.658	14,6[19]	-47.918	-8,3
• *Zw.summe*	*339.266*	*50,1*	*338.755*	*46,3*	*-511*	*-3,8*
DDP	37.761	5,6	26.334	3,6	-18.781	-3,1
Zentrum	7.354	1,1				
DVP	109.314	16,2	24.155	3,3	-85.159	-12,8
DNVP	50.689	7,5	15.554	2,1	-35.135	-5,4
Landbund	128.215	18,9[20]	128.931	17,6[21]	716	-1,3

11 „Die Wähler gaben deutlich zu verstehen, daß ihr Vertrauen in die kommunistisch tolerierte sozialdemokratische Regierung erheblich gesunken war, denn das bürgerliche Lager ging als Wahlsieger hervor. Während die Regierungsparteien (MSPD, USPD) gegenüber den Landtagswahlen 1921 Verluste hinnehmen mußten, verbesserte die KPD ihr Resultat.“ (Häupel, *Die Gründung des Landes Thüringen*, 1995, 159)

12 Eigene Berechnung.

13 Falter/Lindenberger/Schumann, *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik*, 1986, 111.

14 Eigene Berechnung.

15 Dressel, *Quellen zur Geschichte Thüringens*, https://www.db-thueringen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dbt_derivate_00023432/wahlenundabstimmungsergebnissse_1920-1995.pdf, S. 32 unten.

16 Eigene Berechnung.

17 Häupel, *Die Gründung des Landes Thüringen*, 1995, 158 statt dessen: 12,8.

18 Häupel, a.a.O. (FN 17) statt dessen: 10,8.

19 Häupel, a.a.O. (FN 17) statt dessen: 14,4.

20 Bei Falter/Lindenberger/Schumann, a.a.O. (FN 22) statt dessen: 19,0.

Sonstige	4.183	0,6[22]	197.624	27,0[23]	69.409	26,4
• *Zw.summe*	*337.516*	*49,9*	*392.598*	*53,7*	55.082	*3,8*
Summe	676.782	100,0	731.353	100,0	54.571	0,0
	Landtagswahl 1921		Kreis- und Stadtratswahlen 1922		Veränderung	

In einer Reihe von Kreisen und Städten kandidierten bei den Ratswahlen 1922 statt einiger oder aller bürgerlichen Parteien gemeinsame Listen unter unterschiedlichen Namen, woraus sich die dortige hohe Stimmenzahl für sonstige Gruppierungen erklärt.

Drechsler: *Die sächsische Linksopposition* in der SPD

> „Als die sächsische Regierung einem Ultimatum des Reichskanzlers Stresemann vom 27. Oktober, innerhalb von 24 Stunden zurückzutreten, nicht nachkam und auch nicht daran dachte, die Kommunisten aus der Regierung zu entlassen, enthoben Reichspräsident und Reichskanzler – gestützt auf Art. 48 der Verfassung – am 29. Oktober 1923 die verfassungsmäßige Regierung Sachsens ihres Amtes und setzten einen Reichskommissar ein. Die sächsische Sozialdemokratie hat nie verwunden, daß ein sozialdemokratischer Reichspräsident und eine Regierung, in der drei SPD-Minister saßen, solcher Maßnahmen fähig waren. Unter diesen Umständen mußte ihr die Teilnahme der SPD an Regierungsämtern als Machtposition von höchst zweifelhaftem Wert erscheinen. Erst als Regierung und Reichswehr sich weigerten, auch gegen das Kahr-Lossow-Regime in Bayern vorzugehen, verließen die sozialdemokratischen Minister das Kabinett; der Reichspräsident blieb im Amt.“
> (Drechsler, *Die sächsische Linksopposition*, in: ders., *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)*, 1965, 6 - 10[24] [9])

Riddell: Der IV. Weltkongreß der KomIntern zum Begriff „Arbeiterregierung“

Riddell, *Editorial Introduction*, in: ders. (Hg.), *Toward the United Front*. Proceedings of the Fourth Congress of the Communist International, 1922, 2012, 1 - 54 (bes. 22 - 27[25]) und die entsprechenden Stellen im dokumentarischen

21 Häupel, a.a.O. (FN 17) statt dessen: 17,8.

22 Bei Falter/Lindenberger/Schumann, a.a.O. (FN 22) statt dessen: 0,5.

23 Häupel, a.a.O. (FN 17) statt dessen: 27,1.

24 Es handelt sich um den zweiten Abschnitt im ersten Kapitel, das die Überschrift *Die sozialdemokratische Linke von 1923 bin zum Kieler Parteitag 1927* trägt.

25 *Fiction, pseudonym, or transition?*

Teil des Bandes (siehe das Register-Stichwort *„workers' government“* auf S. 1308 re. Sp. / 1309 li. Sp.).

- Digitalisat der zeitgenössischen Veröffentlichung des deutsch-sprachigen Protokolls (verlinkt ist die Seite mit dem Sachregister-Stichwort „Arbeiterregierung“):
  https://archive.org/details/protokoll-des-vierten-kongresses-der-kommunistischen-internationale-1922/page/1064/mode/1up;
- Außerdem gab es eine separate Veröffentlichung:
  Thesen und Resolutionen des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale,
  von der ich aber kein Digitalisat finden konnte.

> „As noted above[26], Section 11 of the Theses on Tactics, which deals with the workers' government, was the most frequently and thoroughly rewritten text in the congress resolutions. The first and second drafts affirmed the workers' government to be identical with the dictatorship of the proletariat, and omitted the concept that it can be a fighting instrument to help dismantle the bourgeois state and prepare for insurrection. All this was altered in the much-revised text presented in Session 32 to congress delegates. […].
> However, the confusion attending this debate extended into publication of the resolution. The description of ‚illusory' or ‚false' workers' governments published in the congress proceedings[27] and translated in the present work was elaborated and strengthened in the German-language edition of the congress resolutions[28]. Unfortunately, the Soviet edition of the congress resolutions published in 1933 omitted the amendments adopted in Session 32[29] and subsequent changes, and

---

26 S. 12: „The ‚Theses on Tactics', which took up the united-front policy, underwent by far the most arduous process of rewriting of all the congress resolutions.“

27 Das ist das oben verlinkte deutsch-sprachige Protokoll.
Vgl. Riddell *Toward the United Front*, 1922, 56 f.: „The Fourth Congress was conducted in four official languages: English, French, German, and Russian. German was used by delegates conversant in it, including Bolshevik leaders such as Bukharin, Lenin, Radek, and Zinoviev. French was used by most speakers of Latin languages; English and Russian were heard less often. […]. The complete proceedings were published in German in 1923. […].
The present work is a translation of the German edition of 1923, which was the most authoritative and widely used version at that time. The translation has been compared with the Russian version published that year. The archival transcripts, the English version (1923), the German (1923) and Russian (1933) editions of the resolutions, and the Serbo-Croatian edition (Damjanović (ed.) 1981) of the Congress have all been consulted. […]. The translation aims to use the terminology of today's English, even when English-speaking Communists of 1922 may have used a different term.“

28 Das bezieht auf die o.g. *separate* Veröffentlichung der *Thesen und Resolutionen* (nicht das verlinkte Protokoll); vgl. Riddell *Toward the United Front*, 1922, 1162, FN 43.

29 Siehe im deutsch-sprachigen Protokoll S. 959 („Die Redaktionskommission legt Ihnen folgende Abänderungen vor.“) bis 963 [„Wir kommen zur Abstimmung über die Taktik-Thesen. (Siehe Beilage VIII) Stimmt jemand gegen den Vorschlag der Kommission? Gibt es Stimmenthaltung. Beides ist nicht der Fall.“)

that version has served as the basis of all published English-language translations[30].“ (26)

„[…], outside the plenary sessions, a sharp debate was under way regarding a proposal that the KPD join a coalition government in the German state of Saxony with the two Social-Democratic parties. A year earlier [**1921**], elections in the neighbouring state of **Thuringia** had produced a narrow majority for the Social-Democratic and Communist Parties, taken together. The KPD had declined to join in a common government with the SPD and USPD, but its support enabled the two parties to form a state government independent of the bourgeois parties. When the **Saxon elections** in late **1922** produced a similar result, the now-united SPD invited the Communists to join the government. The KPD posed a number of conditions, of which two were rejected: the arming of the workers and the calling of a congress of factory councils. The KPD majority leadership then proposed to enter the government regardless. The Fischer–Maslow current protested. The question was debated in Moscow midway through the Congress, on 16 November [1922], at a special meeting of the German delegation with leaders of the Russian Party, chaired by Lenin. Zinoviev, Trotsky, Radek, and Lenin were unanimously opposed to entry into the government, and the German leadership gave way.“ (25; Hv. hinzugefügt)

„No minutes of the November 16 meeting are available. Reisberg 1971[31] provides an account based on archival records (pp. 670–2[32]). Broué 2005 presents an account of the meeting by Zinoviev in 1924 (pp. 657–8[33]). For a participant’s account, see Trotsky 1972b[34], 2, pp. 325–6. The meeting also took up relations between the majority and minority factions of the German Party. For two widely divergent accounts, see Zetkin 1934[35], pp. 38–9; Fischer 1948[36], pp. 183–6.“ (25, FN 71)

Der von Riddell genannte Trotzki-Text scheint dieser zu sein:

At the Fourth Congress we were confronted concretely with the question of a workers’ government	Auf dem Vierten Kongress standen wir konkret der Frage einer Arbeiterregierung im Hinblick auf Sach-

30 https://www.marxists.org/history/international/comintern/ci/publications/Resolutions-and-theses-of-the-IV-congress-%20CI.pdf, S. 23 - 35 (31 unten bis 34 oben: Abschnitt *„XI. Workers Government“*).
Ich habe diese Fassung – noch – *nicht* mit dem deutschsprachigen Protokoll und Riddells neuer englischer Übersetzung verglichen.

31 *An den Quellen der Einheitsfront*.

32 *Lenin bei der deutschen Delegation*. – Dieser Unterabschnitt ist Teil des Abschnittes *Die KPD auf den IV. Weltkongreß* auf S. 640 – 672.

33 Dt.: https://manifest-buecher.de/produkt/die-deutsche-revolution-band-2-ebook/, Kap. 34 (*Ausarbeitung der Taktik*) / https://d-nb.info/1315777401/04.

34 Fehlt im Literaturverzeichnis (dort sind nur genannt 1972a und 1972c); siehe aber sogleich (S. 8) das Trotzki-Zitat im Haupttext.

35 Dt.: *Erinnerungen an Lenin*, 2000 (https://d-nb.info/959019081/04).

36 Dt.: *Stalin und der deutsche Kommunismus*, 1950 (https://d-nb.info/451284755/04) / 1991 (https://d-nb.info/910958831/04).

with respect to Saxony. There the Social Democrats together with the Communists comprise a majority as against the bourgeoisie in the Saxon Landtag. I believe there are 40 Social-Democratic deputies and 10 Communist deputies while the total bourgeois bloc numbers less than 50.

And so the Social Democrats proposed to the Communists the joint formation of a workers' government in Saxony. There were some doubts and vacillations on this issue in our German party.

The question was reviewed here in Moscow and a decision was reached to reject the proposal. What do the German Social Democrats really want? What were they aiming at with this proposal?

You all know that the German republic is headed by a Social Democrat, Ebert. Under Ebert is a bourgeois ministry, called to power by Ebert. But in Saxony, one of the most highly proletarianized sections of Germany, it is proposed to institute a coalition labour ministry of Social Democrats and Communists.
The result would be: a genuine bourgeois government in Germany, over the country as a whole, while in the Landtag of one of the sections of Germany there would be acting as a lightning rod, a coalition Social-Democratic and Communist government.

sen gegenüber. Dort stellen die Sozialdemokraten zusammen mit den Kommunisten eine Mehrheit gegen die Bourgeoisie im sächsischen Landtag dar. Ich glaube, es gibt dort 40 sozialdemokratische Abgeordnete und 10 kommunistische Abgeordnete, während der ganze bürgerliche Block weniger als 50 umfasst.
Und so schlugen die Sozialdemokraten den Kommunisten eine gemeinsame Bildung einer Arbeiterregierung in Sachsen vor. Es gab in dieser Frage manche Zweifel und Schwankungen in unserer deutschen Partei.
Die Frage wurde hier in Moskau überprüft und eine Entscheidung getroffen, den Vorschlag abzulehnen. Was wollen die deutschen Sozialdemokraten wirklich? Was bezweckten sie mit diesem Vorschlag?
Ihr alle wisst, dass an der Spitze der Republik der Sozialdemokrat Ebert steht. Unter Ebert gibt es eine bürgerliche Regierung, die von Ebert an die Macht berufen wurde. Aber in Sachsen, einem der am meisten proletarisierten Teile Deutschlands wird vorgeschlagen, eine Arbeiterkoalitionsregierung aus Sozialdemokraten und Kommunisten zu bilden.
Das Ergebnis wäre: eine wirklich bürgerliche Regierung in Deutschland, im Land insgesamt, während es im Landtag eines der Teile von Deutschland als Blitzableiter eine sozialdemokratisch-kommunistische Koalitionsregierung gäbe.

In the Comintern we gave the following answer: If you, our German Communist comrades, are of the opinion that a revolution is possible in the next few months in Germany, then we would advise you to participate in Saxony in a coalition government

and to utilize your ministerial posts in Saxony for the furthering of political and organizational tasks

and for transforming Saxony in a certain sense into a Communist drillground so as to have a revolutionary stronghold already reinforced in a period of preparation for the approaching outbreak of the revolution.
But this would be possible only if the pressure of the revolution were already making itself felt, only if it were already at hand. In that case it would imply only the seizure of a single position in Germany which you are destined to capture as a whole.
But at the present time you will of course play in Saxony the role of an appendage, an impotent appendage because the Saxon government itself is impotent before Berlin, and Berlin is – a bourgeois government. The Communist Party of Germany was in complete accord with this decision and the negotiations were broken off.

The proposal of the Social Democrats to the Communists – much weaker than the Social Democrats and hounded by these Social Democrats – to share power with them in Saxony is of course a trap.
But in this trap was expressed the pressure of the

Wir, die Komintern, antworteten Folgendes: Wenn ihr, Genossen, deutsche Kommunisten der Meinung seid, dass in den nächsten paar Monaten eine Revolution in Deutschland möglich ist, dann würden wir euch raten, in Sachsen an einer Koalitionsregierung teilzunehmen
und eure Ministerposten in Sachsen für die Förderung der politischen und organisatorischen Aufgaben und für die Umgestaltung Sachsen in eine Art kommunistisches Aufmarschgebiet zu nutzen, um auf diese Weise schon in der Vorbereitungsperiode für den herannahenden Ausbruch der Revolution eine revolutionäre Hochburg zu festigen.
Aber das wäre nur möglich, wenn der Druck der Revolution schon spürbar wäre, nur wenn sie schon da wäre. In diesem Fall würde es nur die Einnahme einer ersten Stellung in Deutschland bedeuten, das ihr als Ganzes bekommen müsst.
Aber gegenwärtig werdet ihr in Sachsen natürlich die Rolle eines Anhängsels, eines ohnmächtigen Anhängsels spielen, weil die sächsische Regierung selbst ohnmächtig gegenüber Berlin ist und Berlin ist – eine bürgerliche Regierung. Die Kommunistische Partei Deutschlands stimmte dieser Entscheidung völlig zu und die Verhandlungen wurden abgebrochen.
Der Vorschlag der Sozialdemokraten an die Kommunisten – die viel schwächer als die Sozialdemokraten sind und von diesen Sozialdemokraten verfolgt werden – mit ihnen die Macht in Sachsen zu teilen, ist natürlich eine Falle.

working masses for unity. This pressure has been evoked by us; and this pressure, insofar as it operates to tear the working class away from the bourgeoisie, will in the last analysis work in our favour.	Aber in dieser Falle drückte sich der Drang der Arbeitermassen nach Einheit aus. Dieser Druck wurde von uns erzeugt; und insoweit dieser Druck die Arbeiterklasse von der Bourgeoisie wegzieht, wird er letztlich für uns arbeiten.
37	38

Tjaden: *Die politische Taktik der KPD 1919 - 1923 und die Rolle der späteren „Rechts“-Opposition*

„Bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik im politischen Bereich orientierte sich die KPD bis Ende 1921 strikt an den von Thalheimer während des Kapp-Putsches entworfenen Modells[39] der Forderung beziehungsweise Tolerierung von ‚reinsozialistischen‘ Regierungen unter Ausschluss der Kommunisten; […]. Indes erfuhr gegen Ende 1921 diese Konzeption durch die Initiative des EKKI-Vertreters in Deutschland, Radek, eine entscheidende und für die Politik der KPD in Jahre 1923 folgenschwere Modifikation[40]. Seit Anfang November 1921 nämlich plädierte Radek […] für die Bildung von Arbeiterregierungen unter Einschluss von KP-Vertretern als kommunistische Teilforderung; er argumentierte: ‚Wir können …[41] auch zur Arbeiterregierung dadurch gelangen, dass die Arbeiterklasse zuerst den demokratischen Weg solange beschreitet, bis sie auf demokratischem Wege die parlamentarische Mehrheit erobert, eine Arbeiterregierung einsetzt und erst durch die Erfahrung mit dieser Arbeiterregierung, durch den Kampf den die Bourgeoisie vermittels der demokratischen Rechte gegen diese Regierung eröffnet gezwungen wird in den Kampf um die Diktatur einzutreten. […][42].‘[43] Diese Konzeption stiess zunächst in der KPD-Zentrale auf entschiedenen Widerstand; namentlich wurde sie in einem Resolutionsentwurf der Zentrale für die Zentralausschußsitzung von 16./17. November 1921, den Thalheimer und

37 https://www.marxists.org/archive/trotsky/1924/ffyci-2/24b.htm.

38 https://www.sozialistischeklassiker2punkt0.de/sites.google.com/site/sozialistischeklassiker2punkt0/trotzki/trotzki-kommunistische-taktik/leo-trotzki-bericht-auf-einer-versammlung-der-kommunistischen-fraktion.html.

39 Tjaden verweist auf S. 9 seines Buches.

40 Tjaden verweist auf „A[gust] Th[alheimer], Zur Geschichte der Losung der „Arbeiterregierung“, in: GdSt, 1932, 632 f; 642; 654“. Gemeint sind wohl: https://arbeiterpolitik.de/wp-content/uploads/2023/06/Gegen-den-Strom-Band2.pdf,

- S. 630 f. der oberen = 632 f. der unteren, gedruckten Seitenzählung = S. 635 f. der digitalen Seitenzählung,
- S. 642 / 647
  und
- S. 652 der oberen = 654 (!) der unteren (!), gedruckten Seitenzählung = S. 657 der digitalen Seitenzählung.

41 Auslassung durch Tjaden.

42 Kürzung des Radek-Zitates von mir. dgs.

43 Tjaden verweist u.a. auf: „Karl Bremer [d.i. Radek], Der nahende Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie und die K.P.D., Hamburg, 1921; abgedruckt in und zitiert nach: Die Kommunistische Internationale, II, 19, Petrograd-Hamburg, 1922, 58 ff, hier: 63 f“; https://www.marxists.org/deutsch/zeitschriften/komm-intern/1922/v01-n19-1922.pdf, S. 58 - 71 (68).

Klara Zetkin ausgearbeitet hatten[44], zurückgewiesen. Der revolutionären Schulung nutzbar gemacht werden könne eine ‚sozialistische Regierung', so heisst es, ‚nur dann, wenn die Kommunisten ausserhalb dieser stehen, ihr kritisch und vorwärtstreibend gegenüberstehen'[45]. […]. Vor allem in den verworrenen Debatten des IV. Weltkongresses zu diesem Thema schloss die Mehrheit der deutschen Parteiführung […] dann zögernd ein Kompromiss mit der Radekschen und hernach von der KI übernommenen Konzeption, welche die Arbeiterregierung in Sinne einer Koalitionsregierung der Arbeiterparteien – als ‚Ausgangspunkt des Kampfes um die Diktatur des Proletariats' bestimmte und somit als ein den Ursprung nach parlamentarisches Organ verstand, dessen Funktionen in den Dienst revolutionärer Kämpfe gestellt werden sollten.[46]"
(Tjaden, *Struktur und Funktion der „KPD-Opposition" (KPO)*, 1964, 2 - 37[47] [20, 21, 22]; Hv. i.O.; Rest der Original-Hv. Radeks getilgt)

„der Parteiführung [gelang es] nach den Regierungsrücktritt [= Rücktritt der Cuno-Regierung] und der Erfüllung wesentlicher ökonomischer Streikziele für bestimmte Streikgruppen nicht, die Bewegung als politisch-revolutionäre weiterzutreiben. Dieser Sachverhalt verweist auf eine Veränderung der politisch-gesellschaftlichen Situation, die den Prämissen der kommunistischen Aufstandsvorbereitungen zuwiderlief. Rechnete die Parteiführung seit der Mitte des Jahres mit einem Fortschreiten der ökonomischen und sozialen Desorganisation der deutschen Gesellschaft, so stellte sich seit den August des Jahres 1923 jedenfalls heraus, dass dieser Desorganisation und den ihr entspringenden Massenbewegungen durch wirtschafts- und aussenpolitische Massnahmen gesteuert werden konnte und entgegengewirkt wurde. Die Verhandlungen der Stresemann-Regierung mit Frankreich und die Beendigung des Ruhrkampfes einerseits, die Stabilisierung des Lohn-Preis-Verhältnisses bereits in der zweiten August-Hälfte und die Ankündigung der Beendigung der Inflation andererseits änderten bald die politische Situation entscheidend zum Nachteil der Kommunisten; […]."
(ebd., 32 f.)

---

44 Tjaden verweist auf „Thalheimer, a.a.O.". (An der in obiger FN 40 erstgenannten Stelle [S. 630 re. Sp. unten und 631 li. oben / 632 re. Sp. unten und 633 li. oben / 635 re. Sp. unten / 636 li. Sp. oben] wird der fragliche Resolutionsentwurf zitiert.)

45 Die zugehörige FN von Tjaden lautet: „I. Das Verhältnis der Kommunistischen Partei zu sogenannten sozialistischen Regierungen. In: Die Internationale, Jg. 3, Berlin, 1921, Heft 14, 517 ff, hier: 520 [= https://archive.org/details/die-internationale-jahrg-3-1921_202504/page/520/mode/1up]; vgl. auch die Bemerkung bei Bremer, a.a.O., 68: ‚Nur an einer Räteregierung können sich die Kommunisten beteiligen, hiess es in einer Resolution über die thüringische Regierungsfrage. Das ist ein vollkommener Trugschluss'."

46 Tjaden verweist u.a. auf:

- „Referat Radek über ‚Die Offensive des Kapitals', in: Protokoll IV. Kongress KI 296 ff, hier: 327"; https://archive.org/details/protokoll-des-vierten-kongresses-der-kommunistischen-internationale-1922/page/327/mode/1up (die Formulierung „Ausgangspunkt des Kampfes um die Diktatur des Proletariats" findet sich in etwa in der Seitenmitte).
  und
- „Resolution ‚Über die Taktik der Komintern', ibd., 1007 ff, hier 1015 ff, bes. 1017"; https://archive.org/details/protokoll-des-vierten-kongresses-der-kommunistischen-internationale-1922/page/1017/mode/1up (die Formulierung „Ausgangspunkt zur Erkämpfung dieser Diktatur" findet sich in der dritten und vierten Zeile vor der Zwischenüberschrift auf S. 1017 unten).

47 *Die politische Taktik der KPD 1919 - 1923 und die Rolle der späteren „Rechts"-Opposition*.

Broué: *A Defeat without Fight*

Broué, *The German Revolution 1917 - 1923*, 2005 (auf Frz. bereits 1971[48]; dt. 2023[49])

- *Part Three: From the Conquest of the Masses to a Defeat without Fight*; darin besonders die Kapitel 33 und 34 sowie 38 und 39[50] sowie 41 und 42
  - *The Workers' Government* (647 - 663) und *The Development of the Tactic* (665 - 684):

    „But the theses [der Zentrale der KPD] categorically excluded communist participation in such governments [purely socialist government], believing that 'they could only play their revolutionary role if the Communists remained outside, and worked to push them forward by their criticism'. Here, too, the initiative was to come from the ECCI. On 7 November 1921, Radek sent to *Die Rote Fahne* an article devoted to this question, in which he broadly outlined a campaign for a workers' government in Germany." (652)

---

48 Vgl. dazu der Vorwort (7 - 14 [11]) des Übersetzers: „Es stimmt, dass inzwischen viele neue Details bekannt sind. Einen gewissen Einblick darin bietet Broués eigenes, 1997 – also gewissermaßen ‚auf halbem Wege' zwischen Broués Buch über die deutsche Revolution und der Gegenwart und nach der Öffnung der Archive in der Sowjetunion und der ehemaligen DDR – auf Französisch erschienes Buch über die Geschichte der Kommunistischen Internationale [*Histoire de l'Internationale Communiste*, 1997], in dem ein Großteil der in diesem Buch [= *Die Deutsche Revolution*] behandelten Themen ebenfalls behandelt werden. In diesem neueren Buch kam Broué nicht zu grundlegend anderen Schlussfolgerungen."

49 *Die Deutsche Revolution*. Band 1: Von der Spaltung der Sozialdemokratie zur Märzaktion 1921, 2023; Band 2. Vom Aufbau der kommunistischen Massenpartei zum Scheitern der Deutschen Revolution, 2024 (Band 2 der deutschen Ausgabe habe ich noch nicht in die Hände bekommen).
Die deutsche hat gegenüber der englischen Ausgabe folgenden Vorteil (nicht nur speziell für deutschsprachige LeserInnen, sondern auch, weil Deutsch jedenfalls auf den Kongressen in den Anfangsjahren der KomIntern deren Hauptarbeitssprache war) auf ihrer Seite:
„**Wir haben die allermeisten deutschen Zitate nach** den deutschen Quellen zitiert und Zitate aus anderen Sprachen direkt aus den Originalsprachen übersetzt oder **vorhandene deutsche Übersetzungen zitiert**. Wir haben oft auch in Passagen, in denen Broué nicht wörtlich zitiert, sondern Quellen paraphrasiert, die Begrifflichkeiten der Quellen verwendet." (Klein, *Vorwort*, in: Broué, *Die Deutsche Revolution*. Band 1, a.a.O., 7 - 14 [14]); Hv. hinzugefügt)
Demgegenüber scheint die englische Ausgabe es auch dort bei den französischen Quellenangaben (und Übersetzungen aus dem Französischen ins Englische) zu belassen, wo – mutmaßlich (ich habe es nicht im einzelnen überprüft [*]) – entsprechende deutsch- und englisch-sprachige KomIntern-Veröffentlichungen existieren.
[*] Aber vgl. z.B. den von Broué auf S. 797 in FN 21 der englischen Ausgabe genannten Artikel von Meyer in der *Correspondance internationale*, no. 82, 16 October 1923, p. 624 mit dem Artikel von Meyer in der *Internationalen Presse-Korrespondenz* 160/1923 v. 12.10.1923, 1363 - 1364.

50 Kapitel 40 (*Moscow's View of the German Revolution*). Das Kapitel referiert vor allem – unkritisch – die ersten sieben Teile von Sinowjews Artikel-Serie *Die Probleme der deutschen Revolution*, zitiert aber nach der umfangreicheren, späteren Broschüren-Ausgabe (urn:nbn:de:101:1-201711121854).

(Anders als Tjadens Sympathien, liegen die von Broué in dieser Frage auf Seiten Radeks und nicht auf Seiten der KPD-Zentrale.)

- *The Overthrow of the Cuno Government* (733 - 753) und *Preparing the Insurrection* (755 - 778):

> „The new government did not hide its intentions of negotiating with France and stabilising the mark, […]. In fact, within a few days, the workers' action had sufficiently scared the bourgeoisie and its representatives in the Reichstag to force them to make a decisive radical turn. The strategy, favoured by Cuno, of letting things deteriorate had led the ruling class to the edge of an abyss, and it decided to retreat. […]. The employers in the metalworking industries made haste to negotiate with the unions an agreement providing for a sliding scale of wages, which they had earlier stubbornly refused." (750, 753)
>
> „By the end of September, the Stresemann government had completed two important stages towards fulfilling its aims of stabilisation and normalisation. On 26 September, the Chancellor announced that the government recognised the occupation of the Ruhr, and had decided to call off the campaign of passive resistance. […]. Secondly, following a dizzy fall, during the week of 13–19 September, the mark was stabilised from the 22nd at about 100 million to the dollar." (775 f.)

(Anmerkung: Trotzdem geht Broué davon aus, 1923 habe zeitweilige eine „Pre-Revolutionary Situation" [S. 709] bestanden. Mich überzeugt seine Darstellung insoweit *nicht*.)

- *The German October* (792 - 816[51])

> „It was on the advice of the ECCI itself that the KPD had several times refused to enter the Zeigner government so long as the latter did not recognise the political role of the factory councils. The entry of the Communists into the Saxon government would be too sudden, and could not be explained to the Party's activists and sympathisers without contradicting the reasons that had been given for the earlier refusals to join it. Such a course of action would need to be patiently explained, and would have to be achieved through a campaign that involved." (794 f.)
>
> „At the time, it [der Hamburger Aufstand] appeared as what it really was, a blunder or a misunderstanding, which could have been tragic, but which was settled at minimum cost, taking the whole situation into account. The Zentrale also saw it as proof that the decision reached at Chemnitz to retreat had been correct. Only one part of the KPD had fought, and had fought alone, whilst the great masses remained, if not indifferent, at least passive. The only armed combat in the Revolution of October 1923 consisted of a 'March Action' in one single city …" (812)

und

- *Aftermath of Another Defeat* (817 - 835):

---

51 Dort S. 805 bis 809 der Abschnitt: *The Conference at Chemnitz*.

> „In December, three documents opposing each other were presented to the Zentrale. The first was by Fischer and her supporters, who declared that they supported Zinoviev's letter, the second was by Brandler and Thalheimer, who firmly rejected Zinoviev's criticisms, and the third was by the 'Centre' – Koenen, Kleine, Remmele and Eberlein – who took account of Zinoviev's criticisms without accepting Fischer's position. Fischer received six votes, Brandler and Thalheimer received two votes – their own, in the absence of Zetkin – and the Centre gathered those of the rest of the Zentrale, seventeen votes.[52]"

Bei den drei Vorschlägen handelte es sich um folgende Texte:

- Polbureau der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg [der KPD], *Skizze zu Thesen über die politische Situation und über die Lage der Partei*, in: *Internationale Presse-Korrespondenz* 3/1924, 52 - 53[53]
- *Thesen zur Taktik des Oktoberrückzuges und zu den nächsten Aufgaben der KPD*. (Ausgearbeitet und vorgelegt im Auftrage der Mehrheit der Zentrale der KPD.), in: *Internationale Presse-Korrespondenz* 185/1923, 1564 - 1566
- A[ugust] Thalheimer / H[einrich] Brandler, *Thesen zur Oktoberniederlage und zur gegenwärtigen Lage* [01.12.1923], in: *Internationale Presse-Korrespondenz* 3/1924, 51 - 52.

Für den Sinowjew-Brief macht Broué folgende zeitgenössischen Quellenangaben: *Inprekorr*, no. 16, 4 February 1924 (der Text war auch schon in Nr. 6 vom 09.02.1924 (die Heft-Numerierung ist inkohärent!) und *Bulletin communiste*, no. 8, 22 February 1924. (Dort ist zwar *kein Brief* Sinowjews, sondern jeweils eine Rede Sinowjew auf einem Parteitag der Russischen Kommunistischen Partei. Aber in dieser Rede wird auf S. 169[54] [re. Sp. unten] ein Brief der Exekutive der KomIntern an die KPD zitiert.)

Das von Broué genannte Abstimmungsergebnis (6 : 2 : 17; also insg. 25 Stimmen, bei Abwesenheit von Zetkin) läßt sich nicht genau nachvollziehen: Nach

---

52 Broué nennt als Quelle für das Abstimmungsergebnis: „H. Brandler and A. Thalheimer, 'Erklärung', Die Internationale, no. 2/3, 28 March 1924, p. 135" (Hyperlink hinzugefügt) – Dort ist aber nur ein (undatiertes) 40 : 16 Abstimmungsergebnis im Zentralausschuß über „Thesen […] zur politischen Lage" genannt. Und der schließende Satz dort lautet: „Bei der Abstimmung in der Zentrale haben gegen die Thesen nur jene Zentrale-Mitglieder gestimmt, die auf Beschluß des EK. der KI. [Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale] in die Zentrale geschickt worden sind [damit dürften die am 17.05.1923 ergänzten Zentrale-Mitglieder gemeint gewesen sein; sie sogleich]."

53 Broué, *The German Revolution 1917 - 1923*, 2005, 826 (FN 25), 824 (FN 1) und 825 (FN 24).

54 = Nr. 6/1924, S. 103 = *Bulletin communiste*, Nr. 8/1924, S. 209 (li. Sp. oben),

Weber[55] und Weber/Herbst[56] wurden auf dem VIII. KPD-Parteitag 21 Personen in die KPD-Zentrale gewählt; später kamen noch vier VertreterInnen des linken Flügels hinzu[57], sodaß es *auch mit Zetkin* nur 25 Zentrale Mitglieder waren:

Als Vertreter des linksradikalen KPD-Flügels galten[58]	Die Mitte bei der Abstimmung im Dezember 1923 (? + ???)	Die ‚rechte' Minderheit bei Abstimmung im Dezember 1923
Auf dem VIII. Parteitag gewählt: • (Arthur Ewert) (1) • Rudolf Lindau (2) • Hans Pfeiffer (3)	• Karl Becker (8) • Paul Böttcher (9) • Hugo Eberlein (10) • Paul Frölich (11) • Fritz Heckert (12) • Edwin Hoernle (13) • August Kleine (14) • Wilhelm Koenen (15) • Wilhelm Pieck (16) • Hermann Remmele (17) • Felix Schmidt (18) • Georg Schumann (19) • Walter Stoecker (20) • Walter Ulbricht (21) • Jacob Walcher (22)	• Heinrich Brandler (23) • August Thalheimer (24)
Am 17. Mai 1923 hinzugekommen: • Ruth Fischer (4) • Ottomar Geschke (5) • Arthur König (6) • Ernst Thälmann (7)	• Clara Zetkin (25)	

Jentsch: *Die KPD und der „Deutsche Oktober"*

Vorbemerkung: Ludewig (*Arbeiterbewegung und Aufstand*) schrieb 1978 auf S. 106 seinen genannten Buches:

> „Der Zeitpunkt, an dem der Aufstand als Kampfmittel wieder stärker in den Vordergrund der strategischen und taktischen Überlegungen der KPD rückte, läßt sich nicht eindeutig feststellen."

55 Weber (Hg.), *Der deutsche Kommunismus*. Dokumente, 1963, 648.

56 Hermann Weber / Andreas Herbst, *Deutsche Kommunisten*. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, 2008[2], 1076.

57 Weber, a.a.O. (FN 55); s.a. FN 58.

58 Broué, a.a.O. (FN), 683, 707: „the new list of twenty-one names did in fact include three activists of the Left, Ewert, Lindau and Pfeiffer. But this concession was not enough to appease the opposition. They thought that Lindau was a moderate, and especially regarded Ewert as Radek's man." / „In fulfilment of the Moscow agreement, Fischer, Geschke, Thaelmann and König were coopted to the Zentrale."

Daran hat sich dadurch, daß mittlerweile weitere Archivalien zugänglich sind, nichts Grundlegendes geändert.
Ludewig sah erste Anhaltspunkte bereits im Juli 1923:

> „Eine Wende schien der Aufruf der Zentrale vom 11. Juli 1923 anzudeuten, der sich in einigen aggressiv-kämpferischen Formulierungen von den bisherigen, relativ zurückhaltenden offiziellen Verlautbarungen der KPD unterschied. Wenn auch die in diesem Aufruf dringend geforderten Vorbereitungen zu bewaffneten Kämpfen, notfalls sogar zum Bürgerkrieg, als Abwehrmaßnahmen gegen die drohende Gefahr durch den Faschismus dargestellt wurden, so war zugleich die Entschlossenheit zu spüren, einem Angriff von ‚rechts' möglicherweise mit einer Offensive zuvorzukommen. Die in dem Aufruf vom 11.7. besonders deutlich werdende Verflechtung von Defensiv- und Offensivmaßnahmen kennzeichnete auch in den folgenden Monaten die Taktik der KPD. Ob mit diesem Aufruf bereits ernsthafte Vorbereitungen für einen Aufstand verbunden waren, ist nicht eindeutig zu klären." (106)

Heer-Kleinert (*Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik*, 1983) schrieb etwas später – wohl

- ebenfalls in Bezug auf Juli 1923[59]:

> „Beide Flügel der KPD waren sich […] in der grundlegenden Beurteilung einig, daß die Bourgeoisie nicht in der Lage sei die Krise zu überwinden. Das erklärte auch, warum sich die Mehrheit der Zentrale […] den Positionen der Linken annäherte. […]." (227 f.)

und

- außerdem in Bezug auf Anfang August 1923:

> Die KPD-Zentrale „erklärte […] die Ablösung der Cuno-Regierung [am 12. August] zum letzten und bereits Versuch, die bürgerliche Ordnung zu stabilisieren und orientierte zunehmend auf die Offensive." (229[60])

In der Tat schrieb Brandler im Heft der KPD-Theoriezeitschrift *Die Internationale* von Mitte August 1923:

---

59 „Die Entscheidung der Zentrale, angesichts zunehmender faschistischer Gefahr am 29. **Juni** [vielmehr: Ju**li**] 1923 einen ‚Antifaschistentag' zu veranstalten und Kundgebungen in ganz Deutschland zu organisieren, war ein Schritt in die Richtung der offenen Kraftprobe, die man angesichts der fortdauernden Streiks im Juni und Juli glaubte, wagen zu können, ohne bereits die Konzeption des defensiven Kampfes zugunsten der Konzeption der Linken verlassen zu haben." (227; Hv. hinzugefügt) Es folgt dann ein weiterer Satz zu dem Aktionstag – und dann geht es mit einem neuen Absatz mit *„Beide Flügel der KPD waren sich …"* weiter.
Hinter *„den Positionen der Linken annäherte"* steht auf S. 228 oben Heer-Links Fußnote 402. In dieser wird keine Quelle aus dem Juni 1923 angeführt, *sondern* der Brandler-Text aus dem *August* 1923, der hier sogleich zitiert wird.

60 Hinter dem zitierten Satz steht Heer-Links Fußnote 405; in dieser wird auf den Artikel *Das Chaos und die neue Ordnung*, der hier nach dem Brandler-Zitat zitiert wird, verwiesen.

> „Die deutsche Bourgeoisie steht vor dem Verlust ihrer Herrschaft, […], sie ist in einen Zustand hineingetrieben, wo die Bourgeoisie als Klasse vollkommen das Steuer aus den Händen verloren hat, genau wie 1918. […]. Die Krise kann […] in die Länge gezogen werden, aber die Bourgeoisie kann die Krise nicht überwinden und liquidieren."
> (Heinrich Brandler, *Die Tagung des Zentralausschusses der KPD*, in: *Die Internationale* Jg. 6, H. 16 v. 15.08.1923, 449 - 453 [451])

Am 15.09.1923 – also einen Monat später – war dann in derselbe KPD-Zeitschrift (S. 481 - 485 [481]) in einem nicht gezeichneten, auf den 08.09. datierten Artikel (*Das Chaos und die neue Ordnung*) die Rede davon, daß die

> „nahe Todesstunde dieser [der kapitalistischen] gesellschaftlichen Ordnung sicher" sei: „Daß die letzten Versuche, die kapitalistische Ordnung in Deutschland wiederherzustellen, scheitern werden, ja bereits gescheitert sind, beweisen die Vorgänge der letzten Woche."

(In Wirklichkeit wurden die Jahre 1924 - 1928 die *stabilsten* Jahre der Weimarer Republik und brachten sogar Reallohnsteigerungen.)

Nun zu Jentsch – dieser terminiert einen Einschnitt erst auf Ende August 1923[61]. Spätestens damals (soviel dürfte unstrittig sein) gelangte die KPD – auch der gerade schon zitierte Brandler, andere waren noch optimistischer – zu einer sehr positiven Einschätzung der Revolutionsaussichten in Deutschland:

> „Brandler zufolge war bis zum Zustandekommen des Entscheidungskampfes noch mit einigen Zwischenstadien zu rechnen, da der Koalitionsregierung [seit Mitte Aug. von SPD, DDP, Zentrum und DVP, die den Kanzler stellte,[62] auf Reichsebene] noch eine ‚lange Lebensdauer' beschieden sein könne.[63] Die Länge dieser Lebensdauer hänge wesentlich von der Fähigkeit der Regierung ab, die Finanzsanierung und die Kapitulation gegenüber Frankreich zu erreichen. Da

---

61 „Am **24. August** 1923 fand in Leipzig eine Konferenz der Zentrale der KPD mit den Bezirkssekretären und Redakteuren statt, um Verlauf und Ergebnisse der Cuno-Streik-Bewegung zu diskutieren. Wie schon **zehn Tage zuvor** im Polbüro charakterisierte Brandler diese in seinem Hauptreferat als eine zunächst ‚ganz elementare und spontane Bewegung'. **Im Gegensatz zu seiner damaligen Auffassung** schlußfolgerte er jedoch, die nach ihrer Form ökonomische Streikaktion habe durch ihre ‚Massenhaftigkeit den Charakter des politischen Streiks' angenommen." (Jentsch, *Die KPD und der „Deutsche Oktober" 1923*, 2005, 132)

62 Büttner, *Weimar – die überforderte Republik 1918-1933*, in: Gebhardt, *Handbuch der deutschen Geschichte*. Band 18 [bis 23] hrsg. von Benz, 2010[10], 171 - 767 (721).

63 Evtl. ist folgende Stelle gemeint: Brandler, in: *Protokoll der Konferenz der Zentrale der KPD mit den Bezirkssekretären und Redakteuren vom 24. August 1923 in Leipzig*, in: SAPMO/BArch, RY 1/248, 233 (Vorderseite) - 272 (Vorderseite) (236 <Vorderseite> - 256 <Vorderseite> [242 <Vorderseite>]). Dort steht allerdings in den letzten beiden Zeilen: „Ich glaube, obgleich ich die Lebensdauer dieser Regierung für nicht lange halte, dass es doch noch Möglichkeiten gibt, Zwischenstadien." (Hv. hinzugefügt)

bis Ende September/Anfang Oktober jedoch ‚eine neue, kräftige, elementare Massenbewegung' zu erwarten sei, umfaßte für Brandler die ‚lange Lebensdauer' gerade einmal eine Frist von ‚4-6 Wochen'[64], in der die KPD die Entwicklung nicht forcieren, sondern nur alle Möglichkeiten nutzen sollte, ‚die proletarischen Kampforgane zu schaffen und zu befestigen'.[65] […] auch wenn Brandler einen längeren Zeitraum für wahrscheinlicher hielt[66], **schloß er eine schnelleren Entwicklung der Ereignisse nicht aus**. Notwendig sei die sofortige ‚Einstellung der breiten Arbeitermassen auf die Unvermeidlichkeit des Bürgerkriegs'.[67] Brandler forderte deshalb die Bewältigung folgender Aufgabe in den nächsten Wochen: Statt über die Machtfrage zu reden müsse jetzt die Macht geschaffen werden, die man dem Gegner im Bürgerkrieg entgegenstellen könne.[68]"
(Jentsch, *Die KPD und der „Deutsche Oktober" 1923*, 2005, 133, 134)

„wir [haben] uns aufgrund unserer Beratungen so eingestellt, daß wir einmal versuchen, unsere Kräfte so Zusammenzureißen, daß wir, wenn wir nicht ausweichen können, in 6 Wochen den Kampf aufnehmen können, gleichzeitig stellen wir uns aber so ein, daß wir mit soliderer Arbeit in einem Zeitraum von 5 Monaten fertig sind. (…)[69] Wenn ich auch – und mit mir alle anderen Genossen der Zentrale – eine Frist von 6-8 Monaten für wahrscheinlich halte, so müssen wir natürlich damit rechnen, daß uns die Dinge früher kommen. Wir werden in keinem Fall überrascht sein, aber wir werden alles tun, was in unseren Kräften steht, um von uns aus die Dinge nicht zu forcieren, denn jetzt ist es tatsächlich so, daß der Zeitgewinn für uns günstig ist. Durch den Generalstreik ist jetzt eine psychologische Einstellung nicht nur unserer Parteigenossen, sondern der breiten Arbeiterschichten geschaffen worden, die es uns möglich macht, Vorbereitungen zum Bürgerkrieg (...)[70] zu treffen'. [152]"

---

64 ebd., Bl. 243 (Vorderseite): „Ich halte es für möglich, daß wir in 4-6 Wochen in eine neue, kräftige, elementare Massenbewegung kommen wie die letzte, und dass sie sehr rasch zum Sturz dieser Regierung führen kann."

65 „Brandler - Hoernle, 20.08.1923, a.a.O. [SAPMO/BArch, I 2/3/203 <vielmehr: RY 1/I 2/3/203 neue Signatur: RY 1/520>, Bl. 162 <Vorderseite> - 164 <Vorderseite>], 162 [Rückseite]".

66 „Auf der Polbürositzung vom 21. August hatte Brandler für die zu erwartenden entscheidenden Auseinandersetzungen eine Frist von sechs bis acht Monaten genannt." (Jentsch zitiert in seiner FN außerdem weitere SitzungsteilnehmerInnen und plaziert die FN erst am Satzende.)

67 a.a.O. (FN 63), Bl. 246 (Vorderseite).
In FN 124 auf S. 192 sagt Jentsch zusätzlich: „Brandler war überzeugt, daß auch die SPD den Bürgerkrieg für unvermeidlich hielt. Vgl. Brandler - EKKI, a.a.O. [Brief vom 28.08.1923; SAPMO/BArch I 2/3/208 <= RY 1/526 und RY 1/527>, Bl. 475 <Vorderseite> - 476 <Rückseite>], 475 f." Der Brief ist veröffentlicht in: Bayerlein et al. (Hg.). *Deutscher Oktober 1923*, 2003, 134 - 137 (136); wörtlich heißt es dort allerdings bloß: „Auch die Sozialdemokratie rüstet sich forciert zum Bürgerkrieg. Sie hat in einer ganzen Reihe Orten, so in Kassel, Thüringen und in Hamburg, sehr gute Militärs angestellt, die ihre Republikschutz-Verbände organisieren." (Digitalisate des Originals: https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/invenio-viewer/lixe/files/5e/29/5e29c2b7-2607-4e66-b552-1c31bc4689bb/RY_1_527_0274.jpg und Bl. 476 [Vorderseite])

68 a.a.O. (FN 63), Bl. 246 (Vorderseite): „wenn wir einen Schritt weiter wollen, […], müssen wir auch einen Schritt weiter tun. Vom Reden über die Machtfrage die Macht schaffen, die wir dem Gegner im Bürgerkrieg entgegenstellen können."

69 Auslassung durch Jentsch.

70 Auslassung durch Jentsch.

> (Brandler - EKKI, 28.08.1923, a.a.O. [SAPMO/BArch I 2/3/208, Bl. 475 <Vorderseite> - 476 <Rückseite>], 475 [Rückseite] - 476 [Vorderseite] zit. Jentsch, *Die KPD und der „Deutsche Oktober“ 1923*, 2005, 138; der Brief ist gedruckt in: Bayerlein et al. (Hg.). *Deutscher Oktober 1923*, 2003, 134 - 137)

Eher noch optimistischer[71] war die Einschätzung, zu der das Politbüro der KPR(B) am 22. August 1923 – in Abwesenheit von Lenin, der seit seinem dritten Schlaganfall im März 1923 nicht mehr arbeitsfähig war[72] – gelangte:

> „Auf der Grundlage der im ZK vorhandenen Materialien, insbesondere aufgrund der Briefe von Genossen, die die KP Deutschlands führen,[73] ist das ZK zur Einschätzung gelangt, daß das deutsche Proletariat unmittelbar vor entscheidenden Kämpfen um die Macht steht.“
> (Auszug aus dem Protokoll Nr. 27 der Politbürositzung vom 22. August 1923, in: Bayerlein et al. [Hg.], *Deutscher Oktober 1923*, 2003, 130 - 131 [130]; vgl. oben FN 48)

Während Mehrheit der KPD-Zentrale um Brandler versuchte, den skizzierten Zeitraum zu nutzen, um durch Bündnispolitik gegenüber der linken Sozialdemokratie das Kräfteverhältnis zu verbessern, sah Ruth Fischer als Vertreterin der Ultralinken in der KPD in derartige Bündnispolitik nur ein ‚Ausweichen vor dem Bürgerkrieg‘[74].

Siehe sodann:

Jentsch, *Die KPD und der „Deutsche Oktober“ 1923*, 2005,

- 150 - 204: *Ende September/Anfang Oktober 1923: Aufstandsplanung in Moskau*;

---

71 Vgl. Jentsch, *Die KPD und der „Deutsche Oktober“ 1923*, 2005, 138 - 144.

72 „Am 9. März 1923 traf Lenin ein dritter Schlaganfall. Halbseitig gelähmt und der Sprache beraubt, schied der vom Tode Gezeichnete aus dem politischen Leben aus. Alle Entscheidungen in Moskau blieben in der Schwebe, während jedermann auf das Unvermeidliche wartete. Hinter den Kulissen begannen die Führer der Partei um seine Nachfolge zu intrigieren und zu manövrieren.“ (Gutjahr, *Revolution muß sein*, 2012, 565)
„Nach seinem dritten Schlaganfall am 9. 3. wird der teilweise gelähmte Lenin, der seine Sprache verloren hat, nach Gorkij gebracht.“ (Bayerlein et al.: *Deutscher Oktober 1923*, 2003, 85).

73 Verschiedene Mitteilungen von KPD-Funktionären an das EKKI bzw. russische Funktionäre aus der zweiten Juli-Hälfte und dem Aug. 1923 sind bei Jentsch (*Die KPD und der „Deutsche Oktober“ 1923*, 2005, 187 ff., FN 96 ff.) nachgewiesen.

74 „Die Möglichkeit einer sozialistischen Regierung in Deutschland besteht nicht. Wenn man eine solche für möglich hält, dann steckt dahinter der Versuch, dem Bürgerkrieg auszuweichen und eine Zeignerschweinerei im Reichsmaßstab zu machen. Durch eine solche falsche Taktik besteht die große Gefahr der Konsolidierung einer neuen USP.“ (zit. n. [Protokoll der] *Polbürositzung vom 11. September 1923*, in: SAPMO/BArch, 1 2/3/3 [neue Signatur: RY 1/303], Bl. 247 [Vorderseite; der zitierte Satz endet dort bereits] - 249 [Vorderseite <= Ende des Protokolls>; die Rückseite ist leer] zit. n. Jentsch, *Die KPD und der „Deutsche Oktober“ 1923*, 2005, 147 mit FN 174 auf S. 195)

„Am 4. Oktober behandelte das Politbüro des ZK der RKP(B) ‚Fragen der Kommission für internationale Angelegenheiten'. […]. Zur Konzentration der Vorbereitungen wird der Aufstandstermin auf den 9. November festgelegt. Dieser Termin dient lediglich zur Orientierung, über die konkreten Aktionen muß die KPD vor Ort entscheiden." (163)
„Völlig mißachteten sie, daß sich die Bedingungen in Deutschland in den letzten Wochen gravierend verändert hatten: Sowohl die Politik der Großen Koalition (Beendigung des ‚passiven Widerstandes', Maßnahmen zur Beendigung der Hyperinflation) als auch die Erfüllung wesentlicher, in den Streikaktionen erhobener Forderungen durch die deutsche Wirtschaft trugen zur Beendigung der gesellschaftlichen Krise und zur Entradikalisierung der Bevölkerung bei. Die Voraussetzungen für den ‚deutschen Oktober' waren also objektiv und subjektiv denkbar schlecht." (172 – in Bezug auf eine anschließende Sitzung von „deutschen und der russischen Parteiführer" „in der Nacht vom 4. zum 5. Oktober" 1923)

  - Beschluß des Politbüros der RKP(B) zur Festsetzung des Revolutionstermins und Instruktion an die Delegation nach Deutschland. Moskau, Donnerstag, 4. Oktober 1923
    und
  - Protokoll der zweiten[75] Moskauer Sitzung mit den Delegationen der Zentrale bzw. der Berliner Bezirksleitung der KPD. Moskau, Donnerstag, 4. Oktober

  in: Bayerlein et al. (Hg.). *Deutscher Oktober 1923*, 2003, 195 - 197 und 197 - 203.

- 205 - 270: *Der „deutsche Oktober" – Aufstandsplan und Umsetzungsversuch. Von der Arbeiterregierung in Sachsen zur Revolution in Deutschland*:
  - 205 - 210: *Der Aufstandsplan*;
  - 210 - 229: *Vorbereitungen zum Aufstand*:

    „Das REVKOM [Das zentrale Revolutionskomitee; siehe noch einmal FN 48] legte Anfang September die zur ‚minimalen'[76] Ausrüstung der PAO er-

---

75 Erster Sitzung: Fortsetzung der Sitzung vorn 2. Oktober 1923; siehe dazu:
Stenographisches Protokoll der Sitzung der Delegation der Zentrale der KPD und der Berliner Bezirksleitung mit den russischen Mitgliedern des des Exekutivkomitees der KomIntern. Moskau, Dienstag, 2. Oktober 1923, in: Bayerlein et al. (Hg.). *Deutscher Oktober 1923*, 2003, 190 - 194.

76 Der militärische Leiter bei der Zentrale der KPD, Bericht Nr. 3 über die militärorganisatorische Arbeit in Deutschland vom 28. Juli bis 27. Oktober 1923, Berlin, den 27. Oktober 1923, in: SAPMO/BArch, [RY 5/I] 6/10/78 (alte Signatur) = RY 5/562 (neue Signatur), Bl. 99 - 131 (vgl. auch die beiden vorhergehenden Bl. 97 und 98) – Die Akte ist noch nicht für die Allgemeinheit digitalisiert, aber das Bundesarchiv hat mir dankenswerter eine „persönliche Kopie" des Berichts zur Verfügung gestellt, sodaß ich die von Jentsch angeführten Zitate überprüfen konnte.
Das Zitat („minimal") befindet sich auf Bl. 105; das Wort steht bereits in dem Bericht zwischen Anführungszeichen: „Tabelle der Waffen und Munition, die zur ‚minimalen' Ausrüstung der Massen notwendig

forderliche Anzahl der Waffen und Munition wie folgt fest: 100.000 Gewehre mit 6 Millionen Schuß, 200 schwere Maschinengewehre (SMG), 720 MP mit 510.000 Schuß, 1.200 Pistolen mit 36.000 Schuß, 21.000 Handgranaten und 25 schwere Minenwerfer.[77] Ende Oktober erklärte der militärische Leiter Skoblewski, alle vom Revolutionären Kriegsrat gestellten Aufgaben seien erfüllt – ‚außer dem wichtigsten – der Bewaffnung'[78]. […]. Den verfügbaren Waffenbestand gab er mit 11.075 Gewehren, 141 MG, 130 MP, 1.811 Revolvern und 1.131 Handgranaten (wovon die Mehrzahl selbst hergestellt wurde) an.[79]

Der Soll-Ist-Vergleich der Bewaffnung zeigt demnach folgendes Ergebnis: Am 21. Oktober 1923 verfügte die KPD lediglich über mehr Revolver als geplant (151 %), bei allen anderen Waffenarten erreichte sie nicht annähernd den geplanten Bestand: Gewehre 11 %, MG 70%, MP 18% und Handgranaten 5%. Das veranlaßte den militärischen Leiter zu der Einschätzung: ‚Wir sind bis heute nicht bewaffnet. Es fehlen noch Waffen für den Anfangskampf.'[80] Unabhängig von der Richtigkeit der Einschätzung, daß die Erreichung der geplanten Bewaffnung des Erfolges [*recte*: den Erfolg] gesichert hätte, scheint eines klar: Kein verantwortlicher Funktionär der KPD konnte in Kenntnis dieser Situation zu diesem Zeitpunkt einen bewaffneten Aufstand ernsthaft in Erwägung ziehen."

(Jentsch, *Die KPD und der „Deutsche Oktober" 1923*, 2005, 227 f.)

- 229 - 237: *Absage eines angekündigten Aufstands*:

„Am 12. Oktober wurden Heckert als Wirtschafts- und Böttcher als Finanzminister offiziell in die [sächsische] Regierung aufgenommen. […]. Dem Auftrag ihrer Partei, zur direkten Erhöhung der Kampfbereitschaft der sächsischen Arbeiterschaft beizutragen, konnten die kommunistischen Minister im Rahmen ihrer Regierungsbeteiligung jedoch lediglich insofern gerecht werden, als sie halfen, die entsprechenden Aktivitäten der Gesamtregierung zu steigern. Ansonsten blieben ihnen dafür nur außerparlamentarische Auftritte, die aber von ihren Gegnern sogleich ausgenutzt wurden. So diente eine von Böttcher am 13. Oktober im Leipziger Zoologischen Garten gehaltene Rede, die zwei Tage später in der *Sächsischen Arbeiterzeitung* in Auszügen abgedruckt wurde, dem General Müller als Vorwand [?[81], dgs] für ein verschärftes Vorgehen gegen die sächsische Regierung. […]. Müller stellte der Zeigner-Regierung ein Ultimatum: Sie sollte sich von dieser Rede öffentlich distanzieren, weil Böttcher zum bewaffneten Aufstand und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats aufgerufen habe. Dabei unterstellte [?, zumindest ist es von der Bewaffnung zum bewaffneten Kampf

---

sind."

77 ebd., Bl. 106.

78 ebd., Bl. 107: „Was die Durchführung des Plans anbetrifft, so kann gesagt werden, dass er in allen seinen Punkten durchgeführt ist, -- außer dem wichtigsten -- der Bewaffnung."

79 ebd., Bl. 122.

80 ebd., Bl.122.

81 Mir erscheint ziemlich wahrscheinlich, daß sich Reichswehr-Generäle, z.B. Müller, an derartigen Reden und der Repräsentanz derartiger Positionen in Landesregierungen *tatsächlich* störten (und sie nicht nur als „Vorwand" für Handlungen aus anderen Motiven nahmen).

kein weiter Schritt. dgs] Müller, die ‚Aufforderung zur Bewaffnung' sei ‚gleichbedeutend mit dem Aufruf zum bewaffneten Kampf' und ‚eine offene Kampfansage gegen die Maßnahmen der Reichsregierung'.[82] […]. Am 16. Oktober teilte Müller der Landesregierung mit, er habe die sächsische Landespolizei direkt der Reichswehr unterstellt. […]. Am 17. Oktober [siehe dazu sogleich] ging Müller noch weiter und forderte Zeigner, sich auf die von Böttcher am 13. Oktober in Leipzig gehaltene ‚aufrührerische Rede' beziehend, ultimativ auf, seinen Befehlen Folge zu leisten. Zeigner unterließ eine direkte Antwort auf Müllers Ultimatum, hielt aber am Vormittag des 18. Oktober seine ‚Schwarze-Reichswehr-Rede' [siehe unten FN 91], in der er der Reichsregierung vorwarf, auf der einen Seite illegale Truppen aufzustellen und auszubilden – die zwar keine Gefahr für die Nachbarländer, wohl aber für die eigene Arbeiterschaft seien – und auf der anderen Seite die PAO [wohl: proletarischen Abwehrorganisationen] zu verbieten. Zeigner brachte damit sowohl die Reichsregierung als auch die Reichswehrführung vollends gegen sich auf […]. Die Meldungen von der beginnenden Besetzung Sachsens durch die Reichswehr im Morgengrauen des 20. Oktober – der ‚größten Aktion der deutschen Streitkräfte nach Ende des Krieges', an der insgesamt mehr als 60.000 Soldaten beteiligt waren[83] – brachte die KPD jedoch in Zugzwang: Entweder nutzte sie gleich zu Beginn des Reichswehreinmarschs die verbreitete Empörung für ein Losschlagen, oder aber sie gestand die eigene Ohnmacht ein. Hatte die Reichswehr erst einmal alle entscheidenden Punkte im Lande besetzt, gab es keine Möglichkeiten für einen Aufstand mehr. […]. Der unter den gegebenen Umständen glücklich zu nennende Zufall wollte es, daß für den folgenden Tag eine Arbeiterkonferenz nach Chemnitz einberufen war, auf der die Landesregierung mit den Delegierten der verschiedenen Arbeiterorganisationen die wirtschaftliche und soziale Situation in Sachsen beraten wollte, […]. Daran nahmen 66 Vertreter der KPD, sieben der SPD, einer der USPD, 102 der Gewerkschaften, 28 des ADGB und der AfA, 140 der Betriebsräte, sechs der Betriebsräte-Zentrale, 79 der Kontrollausschüsse, 15 von Aktionsausschüssen, 26 von Konsumvereinen, 16 der Arbeitslosen sowie eine ungenannte Zahl von Vertretern aus dem übrigen Deutschland und aus anderen Ländern teil.[84] […]. Da auch einige Redner die Forderung nach Ausrufung

82 In seiner zugehörigen FN 48 auf S. 254 wendet sich Jentsch selbst gegen Rudolph, *Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik*, 1995, 392:

„Rudolph hält Müllers Vorwurf für unberechtigt: Böttchers Fehler habe lediglich darin bestanden, ‚zu ignorieren, daß die übliche Bürgerkriegsrhetorik einen anderen Stellenwert besaß, wenn man sie als Staatsminister gebrauchte'. (Rudolph 1995, 395.) Rudolphs Wertung greift dabei aber wohl zu kurz. Auch wenn Böttcher ‚genaugenommen nicht' zum bewaffneten Kampf aufgerufen hatte, hätte er wissen müssen, daß bei der bestehenden Frontstellung zwischen Müller und Zeigner jeder ‚rhetorische Fehler' eines Regierungsmitglieds als willkommener Anlaß zum Eingreifen der Reichswehr dienen konnte."

83 Jentsch verweist in seiner zugehörigen FN 71 auf S. 260 auf: „Rudolph [*Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik*] 1995, 395". Dort heißt es m.w.N. in FN 67: „Truppen aus Schlesien, Pommern, Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, Westfalen und Württemberg waren in Eisenbahnzügen und Lastkraftwagen herangeführt worden und brachen an drei Stellen in den Freistaat ein, während die Einheiten im IV. Wehrkreis mit Verbänden der Schwarzen Reichswehr und mit Oberschülern aufgefüllt wurden."

84 Jentsch schreibt in seiner zugehörigen FN 78 auf S. 261: „Die Angaben über die Delegierten differieren in der Literatur etwas. Die von mir angegebene Delegiertenzahl ergibt sich aus der ältesten verfügbaren Quelle, dem Bericht der Mandatskommission, in: RF [*Rote Fahne*] v. 22.10.1923."

des Generalstreiks erhoben, schien Brandler die Stimmung günstig, und er verlangte […] eine sofortige Abstimmung über diese Forderung. […]. Das anschließende ‚eisige Schweigen'[85] zeigte, daß schon die Generalstreik-Forderung nicht dem Willen der meisten Anwesenden entsprach. Die Mehrheit der Konferenzteilnehmer lehnte ein überstürztes Handeln ab. […]. Siewert akzeptierte namens der kommunistischen Delegierten die Entscheidung der Konferenz mit den Worten, sie sei zwar nicht ‚nach den Geschmack der Kommunisten', sie seien aber bereit, ‚auch dieses Opfer der Einheitsfront zu bringen'.[86]" (220, 221, 229 f., 231, 232, 233, 234)
Dessen ungeachtet wurde Zeigner „am 27. Oktober [siehe oben FN 48] von Stresemann ultimativ aufgefordert, die kommunistischen Minister aus der Regierung zu entlassen und bis zum kommenden Tag Vollzug zu melden. Als sich Zeigner weigerte, dem nachzukommen und da seines Erachtens die Zusammensetzung der durch den sächsischen Landtag legitimierten Regierung nicht Sache des Reichskanzlers war und Stresemann mit seinem Ultimatum eindeutig seine Kompetenzen überschritt, ermächtigte Ebert am 29. Oktober Stresemann, die sächsische Regierung ihres Amtes zu entheben[87].[88]" (236)

- *„ Am 17. Oktober ging Müller noch weiter und forderte Zeigner":*
  Das wohl gemeinte Schreiben Müllers an Zeigner ist an den in FN [89] genannten Stellen abgedruckt.
  Müller zitiert (unter Berufung auf die *Sächsischen Arbeiterzeitung*) aus der Böttcher-Rede u.a.:

  „die Koalitionsregierung [auf Reichsebene] hat bankrottiert. Es gibt nach dieser Entwicklung, in der wir stehen, entweder eine weiße oder eine rote Diktatur. Das Proletariat muß *sofort* bewaffnet werden. […]. Die *proletarischen Hundertschaften*, Aktionsausschüsse Kontrollausschüsse, Betriebsräte, alles das, was sich die Arbeitsklasse geschaffen und gebildet hat im langen Kampfe, das sind Organe, mit denen das Proletariat heute seinen Kampf führen muß" (meine Hv.).

---

85 Jentsch verweist in seiner zugehörigen FN 81 auf S. 261 auf: „Angress [*Die Kampfzeit der KPD*] 1973, 477". Vgl. auch Thalheimer, *1923: Eine verpasste Revolution?*, 1931, 26: „Die Versammlung nahm den Antrag [Brandlers] eisig auf."

86 Jentsch verweist in seiner zugehörigen FN 85 auf S. 262 auf: „RF [*Rote Fahne*] v. 22.10.1923".

87 Siehe: https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=1923&page=1129&size=45 [linke Spalte – zu Sachsen; § 1 Absatz 1 Satz 1]).

88 Jentsch verweist in seiner zugehörigen FN 96 auf S. 263 auf: „Dr. E. Zeigner, Dresden, den 28. Oktober 1923, an den Sächsischen Landtag, in: SäHStA, Landtag 1922-26, Nr. 7, Bd. I, Vorstandsangelegenheiten, BI. 227-228."

89 Poetzsch, *Vom Staatsleben unter der Weimarer Verfassung* (vom 1. Januar 1920 bis 31. Dezember 1924), in: *Jahrbuch des Öffentlichen Rechts* 1925, 1 - 248 (97 f.; dort falsch datiert: „Schreiben des Befehlshabers im Wehrkreis IV v. 17. April [richtig: Oktober] 1923 an den sächs. Ministerpräsidenten"), Huber (Hg.), *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*. Bd. 4, 1992[3], 329 f.
und
Leipziger Volkszeitung (30. Jg., Nr. 244) vom 18.10.1923, S. 1 (Aufmacher): https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/newspaper/item/53MWUMQ3FMWT2RB3UQSUGSBYHDGS2EN7.

Der Müller-Brief endet wie folgt:

> „Die Rede stellt sich als ein Verstoß gegen die von mir auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsident vom 26. September erlassenen Verfügungen dar. Ich habe bei allen meinen bisherigen Maßnahmen die Mitarbeit der sächsischen Regierung als Voraussetzung angenommen. Für ihre Fortführung bitte ich Sie, Herr Ministerpräsident, zu den Ausführungen des Ministers Böttcher Stellung zu nehmen und mir bis zum 18. Oktober 11 Uhr vormittags unzweideutig auszusprechen, ob sich das Gesamtministerium dem Geiste und dem Wortlaut nach mit den Ausführungen des Ministers Böttcher einverstanden erklärt und in diesem Sinne die Regierung weiterführen will oder ob es, entgegen den Aeußerungen des Ministers Böttcher gewillt ist, nach meinen Weisungen zu handeln. Für den letzteren Fall muß ich, um klare Verhältnisse zu schaffen, fordern, daß die sächsische Regierung die mir gegebene Erklärung im Wortlaut in der Presse veröffentlicht. Ferner bitte ich um Angabe, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenkt, um einer Wiederholung derartiger Entgleisungen, wie sie die Rede des Ministers Böttcher zweifellos darstellt, für die Zukunft vorzubeugen.“
> (Hyperlink hinzugefügt)

Müller hatte zuvor u.a. verfügt: „Ich verbiete hiermit die Bildung oder den Zusammenschluß der sogenannten proletarischen Hundertschaften, der Republikanischen Notwehr und anderer ähnlicher Organisationen. Etwa bestehende derartige Organisationen werden hiermit aufgelöst.“ (siehe oben FN 48)

- *„Zeigner unterließ eine direkte Antwort auf Müllers Ultimatum, hielt aber am Vormittag des 18. Oktober seine ‚Schwarze-Reichswehr-Rede‘“*:
  - Zeigner antwortete durchaus direkt *auf* den Müller-Brief, aber nicht direkt *an* Müller – nämlich bereits in der Landtags-Sitzung am 17. Oktober unter anderem Folgendes:

    > „Daß gestern die gesamte Landespolizei dem unmittelbaren Befehl des Wehrkreiskommandos unterstellt worden ist, habe ich bereits mit geteilt. In dem vor wenigen Stunden von mir dem Landtage mitgeteilten[90] [neuen] Schreiben verlangt nun Herr Generalleutnant Müller, daß die sächsische Regierung ihm Rechenschaft gibt für eine Äußerung eines ihrer Mitglieder in einer Versammlung. Meine Damen und Herren! Wir sind nicht dem Wehrkreiskommando schuldig, weder für amtliche noch für private Äußerungen eines unserer Mitglieder. […]. Noch haben wir nicht die Militärdiktatur als legale Einrichtung, noch ist Sachsen ein parlamentarische regierter Staat.

90 *Verhandlungen des Sächsischen Landtages*. 2. Band. 2. Wahlperiode. 60. Sitzung, Donnerstag, den 18. Oktober 1923, 1620 - 1622 (1622).

Für amtliche Äußerungen sind wir Ihnen, nicht Herrn Generalleutnant Müller Rede und Antwort schuldig.“
(*Verhandlungen des Sächsischen Landtages*. 2. Band. 2. Wahlperiode. 60. Sitzung, Donnerstag, den 18. Oktober 1923, 1647 - 1649 [1648])

- Die Zeigner-Rede vom Folgetage gibt es ebd., 1677 - 1683.[91]

- 237 - 270: *Der Hamburger Aufstand* [zu dem Hamburger Aufstand kam es zwei Tage nach der Chemnitzer Konferenz – also am 23. Oktober – aus umstrittenen Gründen; Jentsch stellt auf S. 238 f. drei unterschiedliche und sodann seine eigene Auffassung dar].

Bayerlein et al.: *Deutscher Oktober 1923*

Bayerlein et al. (Hg.), *Deutscher Oktober 1923*, 2003,

- 19 - 34: Weber, *Vorwort*

  „Die vorliegende Quellenedition zum ‚deutschen Oktober‘ beginnt mit Dokumenten zur Haltung der KPD vom Juli 1923. Das macht es sinnvoll, zunächst die Entwicklung des deutschen Kommunismus bis Mitte 1923 zu skizzieren.“ (20)
  „dann sollen zum Schluß (die Dokumente enden im Januar 1924) die Folgen des ‚deutschen Oktober 1923‘ für die KPD kurz erörtert werden.“ (26)

- 35 - 58: Firsov, *Ein Oktober, der nicht stattfand*. Die revolutionären Pläne der RKP(b) und der Komintern

- 59 - 64: Broué, *Der Oktober, der nicht stattfand*. Ein Kommentar

  „Zahlreiche westliche Historiker glaubten, die revolutionäre Krise und die Revolutionsvorbereitungen als ‚Nicht-Ereignisse‘ abhandeln zu können, während der kleine Putschversuch des Ex-Gefreiten Adolf Hitler zum Großereignis des Jahres 1923 avancierte. Könnte der Miniaturputsch, der eine der schlimmsten Tragödien dieses Jahrhunderts einleitete, seine Bedeutung nicht auch der Tatsache schulden, daß der ‚deutsche Oktober‘ nicht stattfand?“ (59)

---

91 Zeigner antwortet zunächst auf das Ende der Rede des vorhergehenden Redners, des Abgeordneten Seyfert, und kommt dann ab S. 1677 auf Beziehungen zwischen der Reichswehr und „diesen illegalen Organisationen, bewaffneten Verbänden“ zu sprechen. Im weiteren Verlauf der Rede fällt auch die Bezeichnung „Schwarze Reichswehr“.

- 65 - 78: Rudolph[92], *Linke Republikaner als streitbare Demokraten – Gedanken zur mitteldeutschen Geschichte*. Erich Zeigner, die SPD und der „deutsche Oktober“

  „Im Kabinett [des neuen Ministerpräsidenten Zeigner] verblieben [ab dem 21.03.1923[93]] der wegen seiner Schulreformpolitik unumstrittene Volksbildungsminister Hermann Pleißner (geb. 1865) sowie Alfred Fellisch (geb. 1884) und Max Heldt (geb. 1872). Es war kein Zufall, daß letztere ihre Sessel räumen mußten, als am 12. Oktober 1923 die Kommunisten Fritz Heckert und Paul Böttcher in die ‚Regierung der republikanischen und proletarischen Verteidigung‘ eintraten. Zum einen wollte man der KPD keine Ressorts anvertrauen, über die sie auf die Polizei oder Staatsverwaltung zugreifen konnten, zum anderen hatte sich namentlich Heldt gegen eine Koalition mit den Kommunisten gewandt. Zum Chef der Staatskanzlei machte Zeigner den Vorsitzenden der KPD, Heinrich Brandler, freilich nicht, ohne zuvor die entscheidenden Kompetenzen dieses Amtes an sich gezogen zu haben.“ (71)
  „Überforderte der streitbare Republikanismus der sozialistischen Linken schon die sächsische und thüringische Gesellschaft und besaß deshalb keine Chance in Deutschland? Gegen ein solches Urteil spricht erstens, daß es die antidemokratische und antimoderne Gegenbewegung auch ohne den Republikanismus der sozialistischen und radikaldemokratischen Linken gab. Zweitens: Der gemäßigte Republikanismus überlebte den radikaleren nur um neun Jahre. Für den ‚Preußenschlag‘ 1932 orientierte man sich am Vorbild der Reichsexekution gegen Sachsen 1923.“ (75)

- 79 - 81: *Zu dieser Edition*

  „Die Dokumententitel wurden vom Herausgeber festgelegt, sie enthalten Ort, Datum (mit ausgeschriebenem Monat). Der Originaltitel wird danach aufgeführt.“ (80)
  „Da der Seitenumfang des vorliegenden Bandes beschränkt war, sahen sich die Herausgeber vor die schwierige Entscheidung gestellt, entweder auf weitere Sachanmerkungen sowie Kurzbiographien oder auf den Abdruck von Dokumenten zu verzichten. Sie entschieden sich für den Abdruck weiterer Dokumente, die ja schwerer zugänglich sind als erklärende Zusätze. Der daran interessierte Leser kann per Internet auf ein Begriffe und historische Hintergründe der Ereignisse im Herbst 1923 erschließendes Glossar sowie Kurzbiographien der im vorliegenden Band erwähnten Personen zugreifen. Zu diesem Zweck werden sie auf der homepage/startpage des *Jahrbuchs für historische Kommunismusforschung/The International Newsletter of Communist Studies* veröffentlicht (siehe: http://www.mzes.uni-mannheim.de/projekte/IHK-news/).“
  Glossar sowie Kurzbiographien[94] scheinen nur noch dort:

---

92 Siehe von diesem auch: Rudolph, *Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik*, 1995.

93 „Erich Zeigner, der vor siebzig Jahren, am 21. März 1923, mit den Stimmen von SPD und KPD in Dresden zum Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen gewählt“ wurde (66).

https://web.archive.org/web/20070617231147/http://www.mzes.uni-mannheim.de/projekte/incs/home/data/pdf/INCS_17_UPDATE.pdf
vorhanden zu sein.

- 82: *Danksagung*

- 83: *Dokumente*
  - 85 - 112: *Die Zuspitzung der sozialen und politischen Krise in Deutschland und die Reaktion der sowjetischen Parteiführung* (2. Juli - 21. August 1923)
  - 113 - 143: *Politische, militärische und geostrategische Einstimmungen auf die Revolution in Deutschland* (21. August – 20. September 1923)
  - 144 - 233: *Weichenstellungen für den Aufstand in Deutschland und Ausarbeitung der Revolutionspläne*. Der Eintritt der KPD in Koalitionsregierungen in Sachsen und Thüringen (21. September - 20. Oktober 1923)
  - 234 - 309: *Einmarsch der Reichswehr in Mitteldeutschland „Oktoberrückzug“ und „Hamburger Aufstand“* (20. Oktober 1923 - 5. November 1923)
  - 309 - 466: Die „obskure Wende“: *Umdeutung des „Deutschen Oktober“, Opferung des Sündenbocks und Genese einer einer neuen Lesart* (6. November 1923 - 19. Januar 1924)
- 467 - 479: Auswahlbibliographie, Abkürzungsverzeichnis, Bildnachweis und Personenregister.

Kinner: Weimarer Kommunismus

Kinner, *Der deutsche Kommunismus*. Bd. 1.: Die Weimarer Zeit, 1999, 61 - 63 (*Der „deutsche Oktober“*. Voraussetzungen und Bedingungen):

> „Eine zunächst aussichtsreiche Entwicklung, ein bemerkenswerter Zuwachs an Einfluß und Aktionsfähigkeit der KPD verführten die Träger politischer Entscheidung [der KPD] zu blankem Voluntarismus.“ (60)
> „Der Hamburger Aufstand wurde ausgelöst, obwohl die [Hamburger] Bezirksleitung der KPD von dem Beschluß der Chemnitzer Konferenz[, nicht zum Gene-

94 *The International Newsletter of Communist Studies Online Update* 17/1, 10.1.2004: The German October 1923. Materials concerning the Documentation publish by Aufbau-Verlag Berlin.
Der Internationale Nesweletter der Kommunismusforschung Online Update 17/1, 10.1.2004: Der Deutsche Oktober 1923. Materialien zur Dokumentation des Aufbau-Verlags-Berlin.

> ralstreik aufzurufen] wußte. Er war Ausfluß der revolutionaristischen Position der Hamburger Parteiorganisation, wie sie auch Ernst Thälmann vertrat. Hamburg war nicht die Ehrenrettung des revolutionären deutschen Proletariats, wie es die Oktober- und Thälmann-Legende seitdem glauben machen wollten, sondern ein marginales, regionales Ereignis, das zeigte, wie isoliert kommunistische Aufstandspläne unter den gegebenen politischen Umständen bleiben mußten.“ (61 f.)

Gutjahr: *Revolution muß sein*

Gutjahr, *Revolution muß sein*, 2012,

- 561[95] - 617 [*Deutscher Oktober (1923)*], bes. 582[96] - 617.
- 618 - 653 [*Als Sündenbock abgehalftert (1924)*].

Weber et. al.: *Deutschland, Russland, Komintern*

Weber, *Zum Verhältnis von Komintern, Sowjetstaat und KPD*. in: ders. et al., *Deutschland, Russland, Komintern*. Bd. I., 2014, 9 - 139 (46 - 48: *Der „deutsche Oktober“ 1923*).

Drabkin, *Die Idee der Weltrevolution und ihre Transformation in der Komin-terngeschichte*, in: ebd., 140 - 224 (168 - 171).

https://doi.org/10.1515/9783110339789[97], 281 - 367 (Dok. 80 - 105).

Bergmann: *Schicksalsjahr 1923 – Gratwanderung der KPD*

Bergmann, *Die Thalheimers*, 2004, 90 – 100 (*Schicksalsjahr 1923 - Gratwanderung der KPD*) und 101 f. (zur Nachbereitung des „Deutschen Oktobers“ auf dem IV. Weltkongreß der KomIntern)

---

95 Das Kapitel beginnt mit einer Reise Radeks Ende 1922 ins Deutsche Reich: „Vom internationalen Gewerkschaftskongress in Den Haag kommend, hielt sich Radek seit dem 15. Dezember 1922 legal in Deutschland auf, wo er mit großen Unterbrechungen bis Ende 1923 insgesamt mehr als drei Monate zubrachte. Sein erster Aufenthalt im Zusammenhang mit dem Leipziger Parteitag der KPD und dem Ruhrkampf dauerte *bis Anfang Februar*, wobei er zwischenzeitlich noch eine Reise nach Norwegen antrat.“ (Hv. hinzugefügt)

96 Ab S. 582 geht es konkret um den „Deutschen Oktober“: „Zinov'ev formulierte seine Thesen über ‚Die Lage in Deutschland und unsere Aufgaben‘. Er instruierte am 15. August Moskau, die KPD solle sich auf eine herannahende revolutionäre Krise einrichten, da ‚ein neues und entscheidendes Kapitel in der Tätigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands seinen Anfang nimmt‘. In der darauffolgenden Woche brachen die Parteiführer ihren Urlaub ab und reisten in die Hauptstadt zurück.“

97 = Weber et al. (Hg.), *Deutschland, Russland, Komintern*. Bd. II., 2015.

Bergmann verteilt die Rollen von ‚Gut' und ‚Böse' ziemlich eindeutig:

> „Die Verantwortlichen in Moskau hofften, ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten könnten durch eine deutsche Revolution gelöst werden; daher gaben sie den Zeitplan für einen deutschen ‚Oktober', eine Revolution in Deutschland, vor. Als die für die KPD Verantwortlichen dieses Abenteuer abbliesen, wurden sie dafür abgestraft." (91)

Außerdem geht er davon aus, die KPD habe *nicht* rechtzeitig von der Absage des ins Auge gefaßten Aufstands erfahren:

> „Nur nach Hamburg gelangte der Kurier mit der Nachricht nicht rechtzeitig – die Gründe bleiben umstritten –, sodass es zu einem kurzen Aufstandsversuch kam" (95).

Taber: *The Revolutionary Situation in Germany*

Taber, *The Revolutionary Situation in Germany*, in: ders., *Editorial Introduction*, in: ders. (Hg.), *The Communist Movement at a Crossroads*. Plenums of the Communist International's Executive Committee, 1922 - 1923, 2018[98], 1 - 46 (38 f.).

Thalheimer: *1923: Eine verpasste Revolution?*

Thalheimer, *1923: Eine verpasste Revolution?*, 1931; https://arbeiterpolitik.de/wp-content/uploads/2023/10/1923-eine-verpasste-Revolution.pdf (das Inhaltsverzeichnis befindet sich auf S. 3).

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Institut für ML beim ZK der SED (Hg.), *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. Bd. V. 2., 1966, 278 - 289[99] und 352[100] bis 490 (die genannten Seiten umfassen Dokumente aus der Zeit von Anfang Juli 1923 bis Anfang Dezember)

---

98 Gliederung (und Bestellmöglichkeit): https://doi.org/10.1163/9789004366787.

99 Die genannten Seiten umfassen Dokumente zu einer Internationalen Arbeiterkonferenz, die vom 17. bis 20. März in Frankfurt am Main stattfand und bei der u.a. ein *Aufruf an das internationale Proletariat zum Kampf gegen die imperialistische Ruhrbesetzung, gegen Kriegsgefahr und Faschismus* verabschiedet wurde.

100 *Artikel des Polbüros der Zentrale der KPD vom 1. Juli 1923 über die Politik der Regierung Zeigner in Sachsen*.

Weitere Quellen

Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationalen
Moskau, 12. - 23. Juni 1923
Verlag der Kommunistischen Internationale, Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley: Hamburg, 1923
https://archive.org/details/ekki-taetigkeit-6-maerz-bis-11-juni-1922/page/n2/mode/1up

Internationale Presse-Korrespondenz.
Register

- für das erste Halbjahr 1923
- für das zweite Halbjahr 1923
- für das erste Halbjahr 1924.

Ausgaben:

- 155/1923 (v. 02.10.1923) bis 186/1923 (v. 31.12.1023:): https://archive.org/details/ipk-163-1923/mode/1up[101]
    - Juli - Dez. 1923: https://hdl.handle.net/2027/osu.32435054857107?urlappend=%3Bseq=31%3Bownerid=119975586-37
- Ausgaben aus dem Jahr 1924:
    - 1/1924 (v. 05.01.1924) bis 6/1924 (v. 09.02.1924) sowie 16/1924 (v. 04.02.1924): https://archive.org/details/ipk-1-1924/IPK_1-1924/mode/1up[102]
        - Jan. - Juni 1924:

---

101 Darin u.a.:

- Sinowjew, *Probleme der deutschen Revolution* [Artikel-Serie über verschiedene Ausgaben hinweg]
- Böttcher, *Die sächsisch-thüiringische Arbeiterregierung*, in: Nr. 160/1923, 1364
- *Ein Aufruf der KPD. aus Anlaß der Regierungsumbildung in Sachsen*, in: Nr. 160/1923, 1370
- *Thesen zur Taktik des Oktoberrückzuges und zu den nächsten Aufgaben der KPD* (Ausgearbeitet und vorgelegt im Auftrage der Mehrheit der Zentrale der KPD.), in: Nr. 185/1923, 1564 - 1566.

102 Darin u.a.:

- Thalheimer, *Über die gegenwärtige Lage in der Kommunistischen Partei Deutschlands*, in: 1/1924, 1 - 2
- ders. / Brandler, *Thesen zur Oktoberniederlage und zur gegenwärtigen* Lage [01.12.1923], in: Nr. 3/1924, 51 - 52
- Polbureau der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg [der KPD], *Skizze zu Thesen über die politische Situation und über die Lage der Partei*, in: Nr. 3/1924, 52 - 53.

https://hdl.handle.net/2027/inu.30000108665617?urlappend=%3Bseq=5%3Bownerid=13510798899534034-9

- Juli - Dez. 1924: https://hdl.handle.net/2027/osu.32435054857115?urlappend=%3Bseq=35%3Bownerid=119975260-41

Die Internationale.
Jahrgang 1923:
https://archive.org/details/die-internationale-jahrg-6-1923_202503/page/n12/mode/1up
Jahrgang 1924:
https://archive.org/details/die-internationale-jahrg-7-1924_202503/page/1/mode/1up

Der Parteiarbeiter. Monatsschrift für die Praxis revolutionärer Organisationsarbeit
Jahrgang 1923:
https://digital.staatsbibliothek-berlin.de/werkansicht?PPN=PPN89863508X&PHYSID=PHYS_0005&view=overview-toc
Jahrgang 1924:
https://digital.staatsbibliothek-berlin.de/werkansicht?PPN=PPN898753953&PHYSID=PHYS_0005.

Die Lehren der deutschen Ereignisse
Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur deutschen Frage Januar 1924
Verlag der Kommunistischen Internationale, Auslieferung: Verlag Carl Hoym Nachf.: Hamburg, 1924
https://archive.org/details/ekki-lehren-d-dt-ereign-192/page/n2/mode/1up

Protokoll
Fünfter Kongress der Kommunistischen Internationale
Band I und II
Verlag Carl Hoym Nachf.: ohne Ort, ohne Jahr
Siehe die einschlägigen Stichwörter im Personen- und Sachregister. Über den „Deutschen Oktober“ wurde anscheinend (vor allem) im Rahmen des Tages-

ordnungspunktes *„Diskussion zu den Berichten über die Tätigkeit der Exekutive und über die Weltlage“* gesprochen.

Voigt: *Kampfbünde der Arbeiterbewegung*

Voigt, *Kampfbünde der Arbeiterbewegung*, 2009, 55 - 59

> „Der geplante Oktoberaufstand der KPD bildete nur den willkommenen Anlass für das Vorgehen [der Reichsregierung] gegen die sächsische Regierung.“ (55)

> „Der Schulterschluss der Sozialdemokraten mit den Kommunisten[103] ist nur vor dem Hintergrund der Ereignisse in Bayern zu verstehen. Dort arbeiteten Reichswehreinheiten mit Rechtsverbänden mit dem Ziel zusammen, von Bayern aus gegen die Republik zu putschen. In erster Linie wollte man aber die sozialistischen[104] Regierungen in Thüringen und Sachsen beseitigen. […]. Durch Eintritt der KPD in die Regierung verschärften sich die Spannungen mit dem Reich weiter. Am 20. Oktober begann die Reichswehr mit Truppenverlegungen Richtung Sachsen; zwei Tage später begann der Einmarsch. Auf der vor allem von Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären besuchten ‚Chemnitzer Konferenz‘ am 21. Oktober musste der Plan der KPD, einen Generalstreik als Sprungbrett zum Aufstand zu benutzen, ad acta gelegt werden. Der Ausruf des Generalstreiks scheiterte am Widerstand der Sozialdemokraten, aber auch die anwesenden Kommunisten zeigten wenig Neigung sich auf dieses Abenteuer einzulassen. Der von Anfang an nur auf Illusionen beruhende Plan eines ‚Deutschen Oktober‘ fiel damit ins Wasser. Nur in Hamburg schlug eine Gruppe von Funktionären um Ernst Thälmannn am 23. Oktober eigenständig los. Die isolierte Aktion gegen den Willen der kommunistischen Parteiführung zeigte deutlich die innere Zerrüttung der Partei. Obwohl sich die KPD im restlichen Reichsgebiet dem ‚Hamburger Aufstand‘ nicht anschloss, wurde die Reichsexekution nach einem Ultimatum des Reichskanzlers Stresemann zwei Tage zuvor gegen Sachsen am 29. Oktober eingeleitet und die gesamte Regierung abgesetzt. […]. Die negativen Folgen der Reichsexekution für die Republik sollten sich knapp neun Jahre später zeigen. Beim Vorgehen gegen die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung am 20. Juli 1932, dem so genannten ‚Preußenschlag‘, berief sich die damalige Reichsregierung ausdrücklich auf die Reichsexekution gegen Sachsen.“ (56 f., 58)

(Das Vorgehen stützte sich auf eine am 26. September 1923 erlassene reichsweite Verordnung des Reichspräsidenten.)

Wenn Voigt (auf S. 55) schreibt

> „Am 26. September wurde per Notverordnung des Reichspräsidenten der militärische *Ausnahmezustand verhängt, […]. Die Verhängung eines militärischen

103 Gemeint ist der Regierungseintritt der KPD.

104 Vor dem Regierungseintritt der KPD gab es in Sachsen und Thüringen von der KPD tolerierte SPD-Minderheitsregierungen.

> *Ausnahmezustandes war in der Weimarer Reichsverfassung auch nach Artikel 48 nicht zulässig, […]“,

dann ist das zumindest ungenau: Denn auch in der Verordnung vom 26.09.1923 kommt das Wort „Ausnahmezustand“ gar nicht vor; und auch Artikel 48 WRV ist – wie ziemlich am Anfang dieser Artikel-Serie erklärt[105] – keine Regelung über einen Ausnahme*zustand*, sondern über Ausnahme*maßnahmen*.

Auch abgesehen von diesem terminologischen Problem wird von Voigt nicht erklärt, was *konkret* an der Ebert-Verordnung vom 26.09.1923 nach Voigts Ansicht „nicht zulässig“ und warum. Voigt verweist allerdings auf:

Weiler, *Die Reichsexekution gegen den Freistaat Sachsen unter Reichskanzler Dr. Stresemann im Oktober 1923*. Historisch-politischer Hintergrund, Verlauf und staatsrechtliche Beurteilung, 1987, 169, wo wiederum Preuß[106] zitiert wird, der aber auch nur sagte:

> „Man spricht immerfort von militärischem oder zivilem Ausnahmezustand, Art. 48, 2 der Verfassung kennt überhaupt keinen Ausnahme- oder Belagerungszustand und vollends keinen militärischen.“

Zutreffend ist, daß Artikel 48 Absatz der Weimarer Reichserfassung „überhaupt keinen Ausnahme- oder Belagerungszustand“ kennt. Aber auch Preuß führt – soweit von Weiler zitiert – nicht aus, was er speziell mit „vollends“ meint – und was das konkret in Bezug auf die Ebert-Verordnung vom 26.09.2023 bedeuten soll.

Ludewig: *Arbeiterbewegung und Aufstand*

Siehe schließlich noch:

- Ludewig, *Arbeiterbewegung und Aufstand*, 1978, 105 - 112 oben, 113 unten - 116 oben, 123 - 129 oben, 142 - 150.

---

105 *Artikel 48 Absatz 2 Weimarer Reichsverfassung – keine Regelung über einen AusnahmeZUSTAND, sondern über AusnahmeMASSNAHMEN*; https://theoriealspraxis.substack.com/p/artikel-48-absatz-2-weimarer-reichsverfassung.

106 *Um die Reichsverfassung von Weimar*, 1924, 38 ff. Diese Preuß-Schrift gibt es inzwischen in: Preuß, *Gesammelte Schriften*. Vierter Band, 2008, 367 - 438; siehe die sogleich im hiesigen Anhang zitierte Passage.

Anhang:

Hugo Preuß: „Man spricht immerfort von militärischem oder zivilem Ausnahmezustand. Artikel 48 Abs. 2 der Verfassung kennt überhaupt keinen Ausnahme- oder Belagerungszustand und vollends keinen militärischen.“

> „er [der Reichspräsident] und die verantwortliche Reichsregierung müssen sich klar sein und in ihren öffentlichen Kundgebungen Klarheit darüber schaffen, auf welchen der beiden verschiedenen Rechtstitel sich ihr Vorgehen stutzen wollen, weil die Voraussetzungen für beide eben verschiedene sind. Diese Klarheit vermißte man leider und infolgedessen ist zu den schweren Zweifeln an der politischen Zweckmäßigkeit dieser Maßregel auch noch der Zweifel an ihrer Rechtmaßigkeit getreten.
> In seinem Aufruf stützte sich der Reichskommissar Dr. Heinze auf Artikel 48 Abs. I, also: Reichsexekution! Für deren Rechtmaßigkeit bedarf es des Nachweises, daß das Land Sachsen die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt habe. Ist dieser Nachweis erbracht? Man hat den Eindruck, daß sich in diesem Punkte die Reichsregierung selbst ihrer Sache keineswegs sicher ist, und sie hatte zu dieser Unsicherheit nur allzu guten Grund. Darin, daß die sächsische Landesregierung die Aufforderung zum freiwilligen Rücktritt nicht befolgt hat, kann eine Verletzung der Reichsverfassung nicht erblickt werden; denn zu solcher Forderung stand der Reichsregierung vor der Exekution kein verfassungsmäßiges Recht zu; sie kann eben erst eine Maßregel der [39|40][107] Exekution selbst sein. […], danach [Artikel 17 WRV] bedarf die Landesregierung nur des Vertrauens der Volksvertretung; und ob sie dieses hat, kann doch nicht die Reichsregierung entscheiden. In enter damals verbreiteten Pressenotiz hieß es, eine Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes in Sachsen sei nur durch einen Wechsel der Landesregierung zu erreichen, weil die Teilnahme von Kommunisten an der Regierung, deren Partei zu Gewalttaten und zum Widerstand gegen die Reichsregierung aufgefordert hat, mit einem verfassungsmäßigen Zustand nicht vereinbar sei. Sicherlich läßt sich die Auffassung vertreten, daß die Aufnahme von erklärten Feinden der Reichsverfassung in die Regierung eines deutschen Landes eine Verletzung des Geistes der Reichsverfassung bedeute und deshalb als ultima ratio die Reichsexekution rechtfertige. Indessen hat die Reichsregierung durch konkludente Handlungen gezeigt, daß sie diese Rechtsauffassung nicht teilt, indem sie gegen die Aufnahme von erklärten Feinden der Reichsverfassung in die bayerische Landesregierung keinen Widerspruch erhoben hat. In Sachsen haben einzelne Mitglieder der Landesregierung zum Widerstand gegen die Reichsregierung aufgefordert; in Bayern hat die gesamte Landesregierung als solche den Maßregeln der Reichsregierung unter mehrfachem Bruch der klarsten Bestimmungen der Reichsverfassung und mit Hilfe militärischer Meuterei tatsächlich Widerstand geleistet. lndem die Reichsregierung, dagegen nicht auf Grund des Artikels 48 Abs. 1 vorgegangen ist, hat sie seiner Anwendung gegen Sachsen selbst die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen entzogen; denn die prinzipielle Gleichbe-

107 = die Seiten der Erstveröffentlichung.

rechtigung der Länder im Verhältnis zum Reich ist ein unbestrittener Rechtsgrundsatz der Reichsverfassung [40|41].

Das Vorgehen gegen Sachsen konnte also nur auf Absatz 2 des Artikels 48 gestüzt werden. Daß die Reichsregierung das selbst zu empfinden seinen, darauf deutete die Verordnung des Reichspräsidenten, die dem Reichskanzler die außerordentlichen Vollmachten übertrug. Dann soll man sich aber in einer offiziellen Kundgebung nicht auf einen falschen Rechtstitel berufen. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung scheint in Sachsen tatsächlich erheblich gestört oder gefährdet worden zu sein; und daher kann der Reichspräsident alle Maßnahmen[108] anordnen, die ihm zu deren Wiederherstellung pflichtmäßig nötig erscheinen. […]. Notwendig ist es aber, die fast unbegrenzten Vollmachten des Absatz 2 Artikel 48 mit sorgfältiger Korrektheit anzuwenden. Auch das geschah nicht. Man spricht immerfort von militärischem oder zivilem Ausnahmezustand. Artikel 48 Abs. 2 der Verfassung kennt überhaupt keinen Ausnahme- oder Belagerungszustand und vollends keinen militärischen. Alte Juristen erzählen sich die Anekdote von einem Richter, der aus dem Gebiet des preußischen Landrechts in das des gemeinen Rechts versetzt wurde, aber dort jahrelang munter nach preußischem Landrecht weiter judizierte. So regiert unsere Reichsbürokratie in diesem Punkte unter der republikanischen Verfassung munter weiter nach Artikel 68 der früheren Reichsverfassung. Damals war die Verhangung des Kriegszustandes ein Ausfluß der militärischen [41|42] Kommandogewalt des Kaisers. Die jetzige Reichsverfassung hat bewußt mit dieser ganzen Struktur gebrochen. Artikel 48 Abs. 2 weiß nichts von der Verhängung eines Belagerungszustandes, sondern nur von bestimmten außerordentlichen Maßnahmen; und noch weniger weiß er von einer Übernahme der vollziehenden Gewalt an die Militärbefehlshaber. Ich habe in der Nationalversammlung diese Veränderung, der Struktur ausdrücklich betont (Sten.Ber. S. 1331), ohne daß von irgendeiner Seite mit einer einzigen Ausnahme Widerspruch erhoben wurde. Dieser einzige Widerspruch kam von den Unabhängigen, die die außerordentlichen Vollmachten überhaupt bekämpften und die Ansicht vertraten, daß die Dinge von den Behörden doch in der alten Weise gehandhabt werden würden. Leider scheinen sie recht zu behalten. Wie viele Mißgriffe und welche Verbitterung der politischen Lage wären vermieden worden, wenn die Reichsregierung beim Schutze der Reichsverfassung diese selbst korrekt und kundig angewendet hatte.“

(Preuß, *Um die Reichsverfassung von Weimar* [1924], in: ders., *Gesammelte Schriften*. Vierter Band, 2008, 367 - 438 [383 - 384])

108 Klärungsbedürftig scheint mir allerdings zu sein, ob wirklich auch Artikel 48 Absatz 2 WRV (unter den dort genannten Voraussetzungen) die Absetzung oder auch nur Suspendierung von Landesregierungen erlaubte – und nicht nur (sofern überhaupt) Artikel 48 Absatz 1 WRV unter den *dortigen* Voraussetzungen.